

INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE PARTEI

Klassensolidarität

mit dem

Chilenischen Proletariat

EDIZIONI: "IL PROGRAMMA COMUNISTA", MILANO 1975

VERTRIEB: EDITIONS PROGRAMME COMMUNISTE

20, rue Jean Bouton, 75012 PARIS

DM 2.50

KLASSENSOLIDARITÄT MIT DEM CHILENISCHEN PROLETARIAT

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

Vorwort	S. 1
Chile: neue Heimat der friedlichen Wege zum Sozialismus ?	S. 7
Chilenischer Weg zum Sozialismus oder einziger Weg der Konterrevolution?	S. 12
Chile oder die reaktionäre Utopie der "Volksunion"	S. 15
Allende soll mindestens als Bestätigung dienen für die Notwendigkeit von Gewalt und Terror	S. 22
Der "friedliche" Weg ist ein Weg des Selbstmordes	S. 25
Keine Klasse kann siegen ohne gewaltsame Revolution, keine kann die Macht bewahren ohne Diktatur und Terror	S. 27
Nach den Ereignissen in Chile, vorwärts mit dem "Kommunismus der feinen Leute"	S. 37
Die MIR: radikale Revolution in Worten - neue Volkseinheit in der Tat	S. 42
Die Fehler, die Ihr immer machen werdet - Chile und die demokratische Täuschung -	S. 47
Klassensolidarität mit dem chilenischen Proletariat	S. 53
Die MIR und der Verlauf der Klassenkämpfe in Chile	S. 56
<hr/>	
Liste der weiteren Veröffentlichungen der Internationalen Kommunistischen Partei	S. 61

KLASSENSOLIDARITÄT MIT DEM
CHILENISCHEN PROLETARIAT

V O R W O R T

Angesichts der Tragödie der chilenischen Proletarier und Bauern haben weder die ausländischen "Links"-Parteien, noch die Überreste der ins Exil verjagten lokalen Parteien es für notwendig gehalten, die wesentlichen Richtlinien der "Unidad Popular", der "Volkseinheit", einer Kritik zu unterziehen. Im Gegenteil, sie haben im Keim eine ähnliche Koalition wiedergebildet, und, insofern überhaupt Kritiken laut wurden (wie die seitens der italienischen KP), so waren sie gegen die...extremistischen Fehler Allendes gerichtet, den man beschuldigte, er habe - nach Meinung dieser "politischen Experten" - die Grenzen der Regierungskoalition und deren Unterstützungsbereiches in Richtung der größeren bürgerlichen Gruppen (chilenische Christdemokraten) und der Streitkräfte nicht genügend ausgedehnt.

Die Tatsache, daß die "Unidad Popular" - anstatt wie versprochen den Massen den Sozialismus zu bringen (ohne Notwendigkeit, die Macht mit den Waffen zu ergreifen, den bürgerlichen Staatsapparat zu zertrümmern und an seiner Stelle die Diktatur des Proletariats zu errichten, usf.), oder mindestens "den Faschismus und die Reaktion endgültig zu schlagen" (zu diesem Zweck wurden bekanntlich einige militärische Exponenten der Reaktion selbst in die Regierung der UP aufgenommen) - den chilenischen Arbeitern die furchtbare Herrschaft Pinochets und seiner Henker bescherte; die Tatsache, daß die UP, von einer Vorbeugung gegen Staatsstreich ganz zu schweigen, sogar eine bloße Verteidigung der systematisch entwaffneten Arbeiter und Bauern gegen den Staatsstreich verhinderte - all das scheint in den Augen der heutigen sogenannten Führer der Arbeiterbewegung nicht einmal eine Überprüfung der in Chile verfolgten Taktik zu rechtfertigen. Wenn sie es tun, dann nur um ihre typischsten und verheerendsten Aspekte in noch größerem Ausmaß zu bejahen.

Das ist verständlich. Was war die UP? Die Anwendung, zum x-ten Mal, der Volksfronttaktik. Und diese Taktik bildet heute und seit langem den Kern der Politik der vermeintlichen "Kommunistischen" Parteien. Die Volksfront, diese "große antifaschistische Erfahrung" würde, deren "Theoretikern" nach, eine unersetzliche und endgültige historische Errungenschaft darstellen, die Voraussetzung für jeden konkreten Fortschritt der Arbeiterbewegung überhaupt. Wenn sie sich durchsetzen konnten und zur Anwendung gelangten, führten die Volksfront und die politische Linie, die ihr zugrundeliegt, in Wirklichkeit jedesmal das Proletariat in die Katastrophe und haben darüberhinaus die Wiederaufnahme des Klassenkampfes oft für lange

Geschichtsperioden erschwert oder verhindert. Bereits 1851 hatte Blanqui in vollkommener Übereinstimmung mit Marx gezeigt, daß die Schuld an der Niederlage des Pariser Proletariats im Juni 1848 bei der Politik der "als Tribunen verkleideten Bourgeoisie", bei der Politik der Volksfront, lag; "Welche Klippe bedroht die Revolution von morgen? Die Klippe, an der die Revolution von gestern scheiterte: die bedauernswerte Popularität der als Tribunen verkleideten Bourgeoisie... Die Waffen und die Organisation: Das ist das entscheidende Element des Fortschritts, das ernsthafte Mittel, um mit dem Elend Schluß zu machen! Wer Eisen hat, hat auch Brot. Kniet man vor den Bajonetten nieder, werden die wehrlosen Massen hinweggefegt. Vor den bewaffneten Proletariern werden Hindernisse, Widerstände, Unmöglichkeiten, ganz verschwinden. Für die Proletarier jedoch, die sich mit lächerlichen Spaziergängen in den Straßen, mit dem Aufpflanzen von Freiheitsbäumen, mit klangvollem Advokatengefasel ablenken lassen, wird es zuerst Weihwasser geben, dann Beschimpfungen, Kartätschenfeuer, immer Elend!"

Die Philosophie der Volksfront ist die der entarteten Populisten und der Menschewiki, mit ihrem Kult der "revolutionären Demokratie", die auf die objektive Interessenvertretung von Bourgeois und Agrarier hinauslief, oft unter dem alten Vorwand, "die Bourgeoisie nicht zu erschrecken". Es ist die politische Optik der verfaulten Sozialdemokratie, die im imperialistischen Krieg bis zum "heiligen Bündnis" mit der Bourgeoisie gegangen war - und dagegen entstand Lenins III. Internationale.

Sie ist aber auch und vor allem die Philosophie des Stalinismus: des Zerstörers der III. Internationale, des Mörders der Genossen Lenins, des "Organisators proletarischer Niederlagen": 1927 in China, 1936-39 in Spanien und bei den parallelen Ereignissen in Frankreich, das Massaker der Arbeiter und Bauern in Indonesien in den sechziger Jahren (das von den "Gedanken Maos" inspiriert wurde). Das sind nur einige Beispiele der Auswirkungen der Volksfront, gemeinsames Paradestück von Stalinisten, "Entstalinisierern" und westlichen Gefolgsmännern, die sich heute einfrig bemühen, das portugiesische Proletariat - und die Worte Blanquis sowie die Lehren Chiles scheinen direkt an das portugiesische Proletariat gerichtet zu sein - in der selben Sackgasse zu blockieren, während sie in Spanien alle Vorbereitungen treffen, die Arbeiterklasse wieder in diese Sackgasse zu führen.

"So unglaublich es scheinen mag", schrieb Trotzki 1936, "ist es eine Tatsache, daß gewisse Zyniker die Volksfrontpolitik mit Lenin zu rechtfertigen versuchen, der, wie es scheint, bewiesen haben soll, daß man ohne "Kompromisse" und insbesondere ohne Übereinkommen mit anderen Parteien nicht auskommen kann..."

Lenin hat seine Arbeit im zaristischen Rußland begonnen, wo nicht nur die Arbeiter, die Bauern, die Intellektuellen, son-

dern auch breite bürgerliche Schichten gegen das alte Regime kämpften. Sollte eine Volksfrontpolitik im allgemeinen gerechtfertigt sein, dann, so wie es scheint, vor allem in einem Land, das seine eigene bürgerliche Revolution noch nicht gemacht hat. Die Herren Fälscher möchten uns bitte sagen, in welcher Periode, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Umständen die bolschewistische Partei in Rußland je eine Volksfront auch nur vorgetäuscht hat. Mögen sie ihre Hirnwindungen anstrengen und in den historischen Dokumenten herumwühlen!

Die Bolschewiki haben mit den kleinbürgerlichen revolutionären Organisationen Vereinbarungen praktischer Natur getroffen, um gemeinsam die revolutionären Schriften heimlich zu befördern, und manchmal um Straßenkundgebungen gemeinsam zu organisieren oder den Banden von Programveranstaltern zu entgegnen. Anlässlich der Duma-Wahlen haben sie unter gewissen Umständen und bei Wahlen zweiten Grades auf Wahlblöcke mit den Menschewiki und den Sozialrevolutionären zurückgegriffen. Das ist alles. Weder gemeinsame "Programme", noch dauerhafte Organe, noch Verzicht auf die Kritik an den Verbündeten des Augenblicks. Diese Art von Vereinbarungen und episodischen Kompromissen, die an genau umrissene Ziele gebunden sind - nur darum ging es bei Lenin - haben absolut nichts zu tun mit der Volksfront, die eine Zusammenhäufung von heterogenen Organisationen darstellt, ein dauerhaftes Bündnis zwischen verschiedenen Klassen, die für eine ganze Periode - und was für eine Periode! - von einer gemeinsamen Politik und einem gemeinsamen Programm von einer Politik von Paraden, Phrasen, und Sand in die Augen zusammengehalten werden. Am ersten ernsthaften Prüfstein wird die Volksfront in Stücke gehen und alle Komponenten schwer zerrüttet davonkommen. Die Politik der Volksfront ist eine Politik des Verrats."

Was Blöcke angeht, hatte der Bolschewismus folgendes Kriterium: Getrennt marschieren, gemeinsam zuschlagen! Das Kriterium der heutigen Führer der Kommunistischen Internationale ist: Gemeinsam gehen, um getrennt geschlagen zu werden. Mögen sich diese Herren ruhig an Stalin und Dimitroff festklammern. Lenin sollen sie aber in Ruhe lassen!

Es ist unmöglich, sich nicht zu empören, wenn man die Erklärungen der prahlerischen Führer liest, nach denen die Volksfront Frankreich vor dem Faschismus "gerettet" haben soll. In Wirklichkeit bedeutet das einfach, daß unsere erschreckten Helden sich durch gegenseitiges Mut-Zureden vor dem größeren eigenen Schreck gerettet haben. Für wie lange? Zwischen dem ersten Versuch Hitlers und seinem Machtanstieg sind zehn Jahre vergangen, die durch ein Sich-ablösen von Fluten und Ebben gekennzeichnet waren. Damals riefen

die deutschen Blum und Cachin (die Sozialdemokraten und Stalinisten) unzählige Male ihren Sieg über den Nationalsozialismus aus. Wir haben ihnen keinen Glauben geschenkt und hatten dabei kein Unrecht.... Der Kampf gegen den Faschismus und den Krieg - und für den Frieden, das Brot, die Freiheit und so viele andere schöne Dinge - ist entweder eine Fopperei oder ein Kampf, um den Kapitalismus zu stürzen."

Die Aufgabe, die in der Vergangenheit Louis Blanc und später die Sozialdemokraten erfüllten, wurde seit 1926 von den Stalinisten und ihren Erben übernommen. Ihre Politik beruht - genauso wie die der Sozialdemokraten - auf der Erhaltung der bürgerlichen Ordnung mittels Bündnissen zwischen Bourgeoisie und Proletariat, mit mehr oder weniger reformistischen Ansprüchen. Und sie zögern nicht - genauso wie die Sozialdemokraten - gegebenenfalls mit der größten konterrevolutionären Energie die "unkontrollierbaren" Sektoren der Arbeiterschaft und ihre Vorhut zu unterdrücken, angefangen von den echten Bolschewiki bis notfalls zu den linken oder weniger linken Zentristen (von der Sorte der POUM).

Eine solche Politik bürgerlicher Konservation führt im Weltmaßstab letztendlich zur Erhaltung des status quo überhaupt. Sie konvergiert in den rückständigen Ländern - trotz ihrer reformistischen, antiimperialistischen, antifeudalen Ansprüche - objektiv mit Imperialismus, um die Sprengung verrotteter Strukturen und die Geburt moderner bürgerlicher Nationen zu verhindern, wie in einem der nachfolgenden Artikel über Chile ausführlich beschrieben wird, und wie es in China 1926 in noch krasserer Form zum Ausdruck kam.

Auch ihre antifaschistischen Ansprüche in den entwickelten kapitalistischen Ländern (wobei der Faschismus, bürgerliche Reaktion im vollsten Sinne des Wortes je nach Bedarf mit einer feudalen Reaktion identifiziert wird) können, weder vom theoretischen noch vom praktischen Standpunkt, einer ernsthaften Untersuchung standhalten. Seit Marx steht unmißverständlich fest, daß der Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus ein Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals ist, der von einer Verschärfung der Klassengegensätze und des Klassenkampfes begleitet wird. Beide ineinander verflochtenen Linien, die wirtschaftliche und die soziale, zwingen die Bourgeoisie zu einer Straffung und Konzentration ihres politischen Potentials, um der Zersetzung des Systems, um dem proletarischen Klassenkampf, entgegenzuwirken. Der Faschismus kann folglich nur bekämpft und verhindert werden, wenn man die Methoden des revolutionären proletarischen Kampfes verwendet. Der Versuch, den Faschismus unter Beibehaltung des Kapitalismus zu vermeiden, kann daher praktisch nur bedeuten, daß man den Ausbruch des Klassenkampfes zu verhindern sucht und schließlich - soweit man dazu fähig ist - die Aufgaben des Faschismus selbst übernimmt. Um zu beweisen, daß der

Faschismus überflüssig ist, haben die Stalinisten mit ihren Volksfronten die Arbeiter entwaffnet oder deren Bewaffnung verhindert, die Revolutionäre ermordet, um schließlich unter dem Druck der objektiven Gegensätze und einer verschärften Krise eine an Händen und Füßen gefesselte Arbeiterklasse dem Faschismus ausliefern zu müssen.

Als diametraler Gegensatz zur Politik der Einheitsfront von unten der Arbeiterklasse, d.h. der Schaffung einer Aktionseinheit aller Arbeiter unabhängig vom jeweiligen Parteibuch, um die Lebens- und Kampfbedingungen auf wirtschaftlicher, politischer und militärischer Ebene vor der kapitalistischen Offensive zu verteidigen (was andererseits nur mit den Methoden des Klassenkampfes realisierbar ist, und somit eine geeignete Grundlage für die kommunistische Einflußnahme bildet), ist die Volksfrontpolitik eine Politik der totalen und bedingungslosen Kapitulation. In diesem Sinne - und so paradox das scheinen mag - unterscheidet sich die Politik der dritten Periode/Sozialfaschismus in ihrem ebenso durch und durch kapitulationistischen Wesen keineswegs von der Volksfrontpolitik, abgesehen davon, daß die pseudo-linke Politik des Stalinismus gegenüber der Sozialdemokratie und den Demokraten "überhaupt" in den Jahren unmittelbar vor 1933 nur eine empirische Wende im Laufe einer eklektischen Zickzacklinie darstellte und ebenso empirisch und eklektisch im vulgärsten Antifaschismus landete, beinhaltete sie den Verzicht auf die primärste Selbstverteidigungsfrent der Arbeiter, die Preisgabe - durch das Verlassen der Gewerkschaften - der großen Massen in den Händen der ohnehin kapitulationistischen Sozialdemokratie, und lieferte, was Klassenkollaboration angeht, die unerhörte Variante der indirekten (und gelegentlich direkten) Unterstützung der Nationalsozialisten. (Heute hat man sogar eine dritte Variante: "reuevolle" Faschisten werden direkt zur Volksfront aufgefordert. In Portugal wurde man mit Spínola schnell handelseinig und in Spanien stellt Carrillo eifrig die Weichen für die "allgemeine Aussöhnung".)

Aufgrund dieser verheerenden Erfahrung war es nicht besonders schwer, vorauszusehen, wie die chilenische Ausgabe der Volksfront ausgehen würde, wie man aus den hier gesammelten Artikeln ersehen kann, die in der Zeitung "EL PROGRAMA COMUNISTA" von 1971 an erschienen sind.

Leider ist das ABC des Marxismus, das diese Untersuchungen und Prognosen ermöglichte, heute immer noch Vermögen einer wizi gen Minderheit, die gegen den Strom schwimmt und somit (heute!) weder mit den Massen organisch verbunden ist, noch über die nötigen Kräfte und Mittel verfügt, um Arbeiterschichten

einiger Bedeutung zu beeinflussen und dem Opportunismus zu entziehen. Es ist aber nur möglich, in jeden Spalt einzudringen, um die Organisation der kämpferischen und fähigsten Elemente vorwärtszutreiben, und im Laufe der objektiven Entwicklung den eigenen Einfluß zu erweitern, wenn die politische Klarheit und Konsequenz vorhanden sind, die einerseits auf einer theoretischen und programmatischen Disziplin beruhen, andererseits eine angemessene Aktion auf der Grundlage der taktischen und strategischen Lehren des Klassenkampfes mit sich ziehen.

Solidarität mit dem chilenischen Proletariat muß vor allem heißen, soweit die Kräfte reichen, so zu arbeiten, um in Chile und überall neue "Chiles" zu vermeiden, um den Widerstand im Zeichen eines neuen, siegreichen Angriffs vorzubereiten.

- April 1975 -

CHILE: NEUE HEIMAT DER FRIEDLICHEN WEGE ZUM SOZIALISMUS?

Zum zweiten Mal in dreißig Jahren ist in Chile eine sogenannte Volksfrontregierung auf gesetzlichem, d.h. parlamentarischem Weg an die Macht gelangt. Chile ist in der Tat nicht an militärische Staatsstreiche gewöhnt und genoß bis heute einen Ruf sozialer Stabilität und wirtschaftlicher Prosperität, zur großen Freude seiner amerikanischen "Freunde" die es recht gern den anderen Ländern Lateinamerikas als Beispiel vor Augen hielten.

Da jedoch der Kandidat der Volksfront, Allende, sensationell die Absicht verkündete, "ein für allemal die imperialistische Ausbeutung niederzureißen, mit den Monopolen Schluß zu machen und eine echte Bodenreform zu verwirklichen", sind es jetzt gerade die Amerikaner, die um ihre Interessen sicherzustellen einen Staatsstreich herbeizuführen suchen, wie ein Leiter der amerikanischen Bergbaugesellschaft Anaconda durchblicken ließ: "Es ist sinnlos, unseren Pessimismus zu verbergen: wir erwarten das Schlimmste. Sollte sich Allende für die Verstaatlichung ohne Entschädigung entscheiden, würden wir einer schweren Krise entgegengehen von viel größerem Ausmaß und mit viel tieferen Auswirkungen als die Beschlagnahme des Vermögens der International Petroleum in Peru. Nicht nur in Chile haben wir Interessen, sondern, wie bekannt, in der ganzen Welt...".

Der "Kandidat des Volkes" bietet jedoch immerhin beruhigende Garantien. Hat er vielleicht nicht am Tag nach seiner Wahl erklärt: "In Chile wird es keine marxistische Regierung geben, sondern ganz einfach eine Regierung, die von den sechs politischen Formationen der Unidad Popular unterstützt wird, mit einem Programm, das weder sozialistisch, noch kommunistisch, noch radikal ist, sondern gemeinsam definiert wurde"? Da bekanntlich die Parteien, die diese Unidad Popular unterstützen, eben die sozialistische, die kommunistische und die radikale Partei sind, ist Allendes Präzisierung ziemlich witzig, umsomehr, wenn man bedenkt, daß in Chile - wie "Le Monde" schreibt - die kommunistische Partei "sich durch ihre Mäßigung, ihre Ablehnung der Gewalt, ihre Neigung zum Kompromiß, ihre Verfassungstreue, das massive Gewicht ihrer Bürokratie und die Weisheit ihrer Intellektuellen auszeichnet... Und die Vorliebe der Kommunisten für die Christdemokraten ist ja für niemanden ein Geheimnis".

Das alles erlaubt den stalinistischen Gangstern, in dröhnendem Ton zu proklamieren: "Die Volksmassen haben einen politischen Sieg errungen, der eine Wende in der Geschichte Chiles darstellt und - welches auch immer die Formen und Folgen der Manöver der Reaktionäre und der Imperialisten sein mögen - die Arbeiter sind nicht gewillt, sich diesen Sieg entreißen zu lassen". Fidel Castro persönlich stimmt das gleiche Lied an, erinnert daran, daß

Allende ein "Freund" ist und erklärt sich überzeugt, "daß in Chile ein Sieg des Sozialismus über die Wahlurnen möglich ist". Und dabei hatte man doch geglaubt, daß es sich keineswegs um "Sozialismus" handeln sollte, mit welcher Beilage er auch serviert wird! Was jedenfalls Moskaus Lakaien tatsächlich in den Kram paßt, ist, daß Chile der amerikanischen Einflußzone entrinnen oder zumindest eine gewisse Distanz gewinnen könnte; alles übrige (soziales Programm, Wirtschaftsreformen usf.) zählt nicht; was die Arbeiterklasse anbelangt, um die schert man sich nicht. Was wichtig ist - wie im Fall von China - sind die Beziehungen zwischen den Staaten, und nicht das Geschick der jeweiligen "Völker".

Chile ist ein unterentwickeltes Land. Seit dem 16. Jahrhundert kolonisiert, wurde es von Spaniern und anderen europäischen Völkern (Deutschen, Holländern, Franzosen usw.) besiedelt. Es besaß beachtliche Naturreichtümer, sei es was die Bodenschätze anbelangt (Salpeter, Kupfer, Eisen, Kohle), sei es was den Boden selbst und das Klima betrifft. Dazu kam noch sein Wasserreichtum, so daß es mit etlichen europäischen Ländern vorteilhaft verglichen werden konnte. Die Logik des Kolonialismus und der vorhergehenden kapitalistischen Entwicklung Europas blockierten die Ausbreitung der Industrie, wodurch Chile zum angesehenen Rohstoff-Lieferanten erst Englands und dann der Vereinigten Staaten wurde. Fast ausschließlich auf das Ausland ausgerichtet, wurde Chile zum Getreidelieferanten, solange bis andere Länder, vor allem Kanada, ihm seine Absatzmärkte wegschnappten und die chilenische Landwirtschaft so weit ruinierten, daß dieses Land heute ein großer Importeur von Lebensmitteln ist. Der Salpeter, der unter der Kontrolle der Angloamerikaner stand, hörte seit dem ersten Weltkrieg auf, Chiles sagenhaftes und einziges Exportprodukt darzustellen, und seinen Platz nahm das Kupfer ein, das noch bis vor kurzem zu 90% von den Vereinigten Staaten (Anaconda und Kennecott Copper) kontrolliert wurde. Die spärlichen Versuche, die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Industrie zu entwickeln, stießen gegen die drastische Opposition erst der Engländer und dann der Nordamerikaner und, in Chile selbst, gegen den Widerstand aller bürgerlichen Gesellschaftsschichten, die mit diesem Außenhandel verwachsen waren. (Großgrundbesitzer, Getreideexporteure, Magnaten der Bergbauindustrie, Großhändler).

Die Struktur des chilenischen Außenhandels ist in dieser Hinsicht bezeichnend, denn der Export umfaßt ausschließlich Kupfer und Eisenerz, während der Import, abgesehen von den Lebensmitteln, aus Kohle (obwohl Chile Kohle besitzt), chemischen Produkten und Industrieerzeugnissen besteht. Hauptsächliche Lieferanten und Kunden sind die Vereinigten Staaten, mit Abstand von Westdeutschland gefolgt.

Kein Wirtschaftssektor ist vor den kapitalistischen Verhältnissen bewahrt worden: die riesigen Großgrundbesitze (700 Chilenen besitzen 55% des Bodens), die an die "hazienda" gebundenen und in äußerstem

Elend lebenden Halbpächter und Tagelöhner, die Rotos, d.h. die "Ein-Groschen-Kapitalisten", die in die Stadt ziehen, um auf eigene Faust kleine Handwerke auszuüben, und in den Barackenvierteln der Vorstädte hausen, sie alle sind auf's engste in eine rückständige kapitalistische Wirtschaft integriert: sie sind deren Produkt, und nicht die davon "Ausgeschlossenen". Die Inflation kann als endemisch bezeichnet werden: die Lebenshaltungskosten stiegen 1962 um 14%, 1963 um 44%, 1964 um 46%, 1965 um 29%, 1966 um 23%, 1967 um 18% und 1968 um 26%, wodurch das Verhältnis zwischen dem gesetzlichen Mindestlohn (3.000 pesos im Jahre 1961) und dem Pro-Kopfeinkommen von 100 im Jahre 1954 auf 69 im Jahre 1961 gesunken ist. Daran kann man das Ausmaß der Proletarisierung der Gesellschaftsschichten erkennen, die von niedrigsten Einkommen leben und die Mehrheit darstellen.

Die Aufteilung der Arbeitsplätze pro Sektor weist auf typische Wirtschaftsmerkmale hin, vor allem in den Städten, wo jeder fünfte Chilene lebt. In Landwirtschaft, Bergbau und Industrie arbeiten insgesamt nur 40% der werktätigen Bevölkerung; die restlichen 60% sind größtenteils im Dienstleistungssektor, der nicht direkt produktiv ist, beschäftigt; und das in einer Gesellschaft, die eine umgekehrte Relation dringend nötig hätte! Die dementsprechenden Prozentsätze findet man im Bruttosozialprodukt wieder: Landwirtschaft 14% im Jahre 1958 und 9% im Jahre 1967; Industrie 23% im Jahre 1958, 27% im Jahre 1967; Dienstleistungen 63% im Jahre 1958 und 64% im Jahre 1967. Wie die anderen rückständigen Länder lebt Chile von Notbehelfen und Darlehen. Die jährliche Summe, die es seinen ausländischen Gläubigern erstatten muß, beläuft sich auf 15% seiner Exporte und auf mehr als 25% der Exportprofite. Das Defizit der Devisenbilanz steigt somit von Jahr zu Jahr und kann nur durch... weitere Darlehen überbrückt werden.

Dieser verheerenden Lage, die für den Großteil der rückständigen Länder typisch ist, gedenkt der frischgewählte Präsident Allende im Rahmen der unerbittlichen kapitalistischen Umzingelung Abhilfe schaffen zu können. Er und seine Anhänger, in erster Linie die sogenannten Kommunisten sind der Ansicht, daß es einfach genügen würde, den Umfang und den Prozentsatz der Profite zu schmälern, die in die Vereinigten Staaten auswandern, und zwar, indem man die großen ausländischen Gesellschaften verstaatlicht und einen größeren Brocken des erbeuteten Profits der nationalen Entwicklung zuwendet. In Wirklichkeit führt aber das Streben nach einer größeren Akkumulation im Inland die rückständigen Länder im allgemeinen dazu, mit größerer Intensität jene Sektoren zu entwickeln die auf den Export ausgerichtet sind, um sich Devisen zu beschaffen. Aus diesem Prozeß ergibt sich unabänderlich eine immer stärkere Integrierung dieser Länder in jenen Weltmarkt, von dem sie sich loszumachen suchten. So wird letzten Endes

ihre relative Unterentwicklung im Vergleich zu den verschiedenen imperialistischen Zentralen nur noch verschlimmert. Dazu wird die lokale Industrie den imperialistischen Zentralen gegenüber immer abhängiger, sei es was die Finanzierung, sei es was die Vermarktung, sei es was das Know-how, die Maschinenbeschaffung usw. anbelangt; kurz und gut für alles was die Leichtindustrie oder die Industrieproduktion betrifft, die auf der Montage von im Ausland hergestellten Teilen basiert.

Abgesehen von Fällen wie China, wo besondere geographische und historische Umstände herrschen, verschlimmert die nationale kapitalistische Entwicklung eines rückständigen Landes fast immer seinen Abhängigkeitszustand, seine "Verspätung", und die Proletarisierung seiner Bevölkerung. Chile ist trotz allem eines der weniger rückständigen Länder Lateinamerikas. Ungefähr 600.000 Arbeiter sind Mitglieder der Gewerkschaft CUT, die hauptsächlich unter dem Einfluß der "Kommunisten" steht. Das chilenische Proletariat lebt in elenden Verhältnissen, die an das 19. Jahrhundert in Europa erinnern, dermaßen, daß die "Kommunisten" nur in den wenigen Sektoren Fuß fassen konnten, wo die Lage der Arbeiter relativ weniger schlimm ist. Ebenso gehören von 2 Millionen Bauern ungefähr 150.000 den Landgewerkschaften an. Fast die Gesamtheit der Saisonarbeiter und der landlosen Bauern entgeht den Gewerkschaften sowie den heutigen Parteien und stellt ein enormes revolutionäres Potential dar.

Angesichts der zahlenmäßigen Stärke des echten Proletariats haben die kleinbürgerlichen Theorien des bewaffneten Kampfes auf dem Lande, der Guerilla, in Chile keinen Widerhall gefunden. Das ist eine bedeutungsvolle Tatsache, genauso wie die Feststellung, daß - wenn solche Theorien gegen die Wirklichkeit der Existenz des Proletariats stoßen - ihre Erfinder ganz einfach in das Lager der Bourgeoisie überwechseln. So gab Castro seine Unterstützung einer heterogenen politischen Koalition, die alle nur möglichen Kategorien des reformistischen Klein- und Mittelbürgertums vertritt, und befürwortet die Theorie des friedlichen Übergangs zum Sozialismus - eine Theorie, die er selbst und seine Anhänger in der Vergangenheit doch immerhin bekämpft hatten. Über die Person von Fidel hinaus, beweist das alles, daß die angeblich neuen Thesen über den bewaffneten Kampf (die "Revolution in der Revolution", wie Régis Debray sie nennt) nichts anderes sind als ein Wiederaufleben bürgerlichen Radikalismus, bereit, gleich wieder vor der klassischen antiproletarischen Lösung der sozialdemokratischen Regierung zu verschwinden.

Dennoch weisen die Zornausbrüche, die Lateinamerika ziemlich überall erschüttern, darauf hin, daß die breiten Massen, die in äußerstem Elend leben, nicht mehr gewillt sind, passiv unter dem Joch der wahnwitzigen kapitalistischen Ausbeutung zu bleiben. In Peru, in Chile, in Bolivien, in Argentinien wird heute nicht mehr allein der amerikanische Imperialismus in Frage gestellt. Gewiß,

der amerikanische Imperialismus hat im Laufe der Jahre seine Herrschaft beachtlich verstärkt und dabei in gleichem Maße den Ruin der lateinamerikanischen Länder verschlimmert. Die enterbten Massen wenden sich jedoch nicht mehr ausschließlich gegen die reine imperialistische Herrschaft. Die nationalistischen Militärregierungen, die sich in Peru und Bolivien bildeten, wußten das sehr wohl, denn - nicht zufrieden damit, sich auf die am meisten verhaßten amerikanischen Gesellschaften zu stürzen (I.P. Co. in Peru, Gulf Oil in Bolivien) - haben sie Programme innerer Reformen gestartet: Bodenreform, Kampf gegen die Inflation, Investitionen in der Industrie usf. In Argentinien wie in Chile haben wir das Auflodern harter Kämpfe auf gewerkschaftlicher Ebene.

Die proletarisierten Massen Lateinamerikas sprengen den aussichtslosen und bornierten Rahmen des Antiimperialismus und zwingen ihre korrumpierten Bourgeoisien, eine "volksfreundliche" Haltung anzunehmen oder Militärdiktaturen mit "sozialen" Ansprüchen zu errichten. Weitaus gefährlicher als die Guerillas haben die sich ankündigenden sozialen Kämpfe eine Dimension, die sich völlig vom rein nationalen Maßstab unterscheidet, - eine Dimension, die sie dazu treibt, die kapitalistische Ausbeutung an den Wurzeln zu treffen, welches auch deren Ursprungsland ist. Langsam, in einer Maulwurfarbeit, erreicht das südamerikanische Proletariat das Schlachtfeld, auf dem seine Brüder der kapitalistischen Industrieländer gekämpft haben und wieder kämpfen werden.

"Il Programme Comunista",
Nr. 1, Januar 1971

CHILENISCHER WEG ZUM SOZIALISMUS ODER EINZIGER WEG DER KONTERREVOLUTION?

Die "chilenische Erfahrung" nimmt heute einen Platz ersten Ranges in der opportunistischen Presse ein: sie soll nämlich den Beweis für die Möglichkeit einer parlamentarischen Machtergreifung und eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus liefern. Sie würde also einige Grundlagen der marxistischen Theorie widerlegen: unabdingbare Notwendigkeit a) der Zerstörung des bürgerlichen Staates, b) der revolutionären Gewalt, c) der in der Führung der kommunistischen Weltpartei verkörperten Klassendiktatur.

Wollen wir diesen berühmten "Sozialismus made in Chile" ein wenig näher betrachten. Einem Interview, das Salvador Allende, Chef der Volksfront (von den Christdemokraten unterstützte Koalition zwischen Sozialisten und Kommunisten) und neuer Präsident Chiles, der Zeitung "Le Monde" (7./8. Februar) gegeben hat, ist folgendes zu entnehmen:

"Journalist: Chile hat sich eine Volksfrontregierung gegeben. Wer hat aber effektiv die Macht?

Allende: Bis jetzt immer noch die Finanzmächte" (also, liebe Herren von der KP-Italien, die Regierung ist eine Sache, die Staatsmacht eine andere!). "Folglich müssen wir uns verteidigen. Seht Euch zum Beispiel die Kampagne an, die unsere Gegner gestartet haben, um die Besitzer von Bankaktien aufzufordern, uns diese Aktien nicht zu verkaufen (!!). Während wir sie zu einem höheren Preis ankauften, als sie in Wirklichkeit wert sind," (Kommentar überflüssig!)... "Außerdem wird der Staat den Aktionären langfristige Bons aushängen..." Das für die "Herren". Dem "niedrigen Volk" hingegen stehen folgende Aussichten bevor:

"Wir haben schon anhand einiger Tatsachen gezeigt, wie wir beabsichtigen, das Volk an der Ausübung der Macht teilhaben zu lassen. Vor kurzem haben wir einen nationalen Bauernrat gebildet. Von nun an werden die Bauern aktiv an der Untersuchung und an der Ausarbeitung der landwirtschaftlichen Planung teilnehmen. So werden sie darauf hinweisen können, welche Ländereien ihrem Gesichtspunkt nach zu enteignen sind, welche die Gutsherren sind, die ihren Pflichten nicht nachkommen (sic!); kurz und gut, sie werden eine aktive Haltung "(zum Kampf? Pftui, zum Studium...!), "eine verantwortliche Haltung zutage legen. Auf dem Gebiet der Industrie werden wir so vorgehen, daß die Arbeiter in den staatlichen, in den gemischten, und sogar in den privaten Betrieben vertreten werden." (De Gaulle und Willy Brand mögen euch ihren Segen erteilen!).

Wir sind gern bereit zuzugeben, daß zum Zweck der Realisierung des Programms der chilenischen Volksfront, dieser nationalen Variante des ewigen reformistischen und kleinbürgerlichen Programms

- d.h. Verstaatlichung der Bergwerke (fast alle in Händen ausländischen Kapitals) gegen Entschädigung; Kreditkontrolle (zum gänzlichen Vorteil der an den Inlandsmarkt gebundenen Industriebourgeoisie); Beschleunigung einer "verantwortlichen" Bodenreform und schließlich Integrierung der Arbeiterklasse in das "System" in Form einer Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung der kapitalistischen Wirtschaft -, daß zu diesem Zweck die friedliche Eroberung der Regierung möglich ist, ohne irgendeine Reaktion von Seiten der wahren Inhaber der Macht hervorzurufen.

Ein Teil der chilenischen Bourgeoisie - eben der, den die Christdemokraten vertreten - hat es sich nicht zweimal sagen lassen, und hat die Wahl Allendes unterstützt und möglich gemacht. Allende beschränkt sich ja schließlich auch darauf, die Politik des Ex-Präsidenten Frei weiterzuführen, mit dem Vorteil, auf die unmittelbare Unterstützung sogenannter Arbeiterparteien und reformistischer Gewerkschaften rechnen zu können. Aufgabe der Volksfront ist eben, das Proletariat ans Schlepptau dieser "nationalen" Bourgeoisie zu fesseln.

Von wem kann die so glücklich gesicherte Herrschaft der nationalen Bourgeoisie bedroht werden? Die Drohung kann nur von zwei entgegengesetzten Kräften kommen: Entweder vom Proletariat, das jetzt mitten im "demokratischen Block" steckt, oder von der Fraktion der Großbourgeoisie, die direkt an den Imperialismus gebunden ist. Da die Regierungskoalition der letzteren gute Garantien gegeben hat, schleudert sie alle ihre Blitze gegen das Proletariat. So sind die Worte auszulegen, mit denen Allende sich an die Arbeiter wendet, um sie vor einem "unverantwortlichen" Gebrauch des Strei krechts zu warnen, und die Worte, mit denen er die armen Bauern zur Ordnung ruft, die - nicht befriedigt vom "Studium" - so weit gehen, daß sie die Ländereien besetzen, und dann mit den Waffen wieder verjagt werden. Allende macht keinen Hehl daraus:

"Jornalist: Denken Sie, daß es möglich ist, die Diktatur des Proletarats zu vermeiden?

Allende: Ich glaube ja, gerade dafür arbeiten wir ja schließlich!"

Die Geschichte der Arbeiterbewegungen ist von tragischen Beispielen der konterrevolutionären Rolle der "Volksfronten" übersät. Ist es nötig, an den Juni 1848 zu erinnern, als das Pariser Proletariat ein ähnliches Bündnis zersprengte, sich von dessen demokratischen Illusionen befreite, den Kampf wieder aufnahm und von den Ordnungskräften der kleinbürgerlichen Demokratie niedergeschlagen wurde? Oder an den Januar 1919, als das deutsche Proletariat die Sozialdemokraten, die damals an der Macht waren, gegen sich in Waffen aufmarschieren sah? Oder an Spanien 1926, als die Proletarier in einen Kampf zur Verteidigung des demokra-

tischenStaates hineingezogen wurden und - sobald der heuchleri-
sche Schlei er der Demokratie fiel und somit deren wahren Klas-
sennatur bloßlegte - die aufständischen Arbeiter von Barcelona
unter den Kugeln der Volksfront fielen, noch bevor das Franco-
Regime auf sie schoß?

Einen "nationalen" Weg zum Sozialismus gibt es weder in Chile
noch anderswo; wir haben es hier einzig mit dem Weg der Welt-
Konterrevolution zu tun. Und auch die Weltrevolution hat einen
einzigsten Weg.

"El Programa Comunista"

Nr. 6, März 1971

CHILE, ODER DIE REAKTIONÄRE UTOPIE DER "VOLKSUNION"

Der Konflikt, der den chilenischen Staat gegen die kleinbürgerlich betriebenen Transportunternehmen, und nicht nur gegen sie, gestellt hat, und den Allende dadurch lösen möchte, daß er zwei Generäle in die Regierungskutsche auflädt, rückt die Frage der Bündnisse des Proletariats mit den Mittelklassen ins rechte Licht, zerstreut die Illusionen, die von allen "Volksfronten" vor-sätzlich - das ist ihre wesentliche Aufgabe - genährt werden, und enthüllt, falls das noch nötig wäre, deren konterrevolutionäre Rolle.

Die revolutionäre Position

Für die marxistische Partei steht eindeutig fest: das revolutionäre Proletariat kann der Kleinbourgeoisie ihr Eigentum nicht garantieren, es kann nicht die freie Entwicklung ihrer Produktion versprechen, welche die Grundlage des Kapitalismus selbst darstellt. Im Gegenteil, der Sozialismus nimmt sich vor, die Menschheit von jeder Art von Eigentum, großem oder kleinem, zu befreien, denn das ist das einzige Mittel, um die Lohnsklaverei abzuschaffen.

Es ist wahr, daß der Kapitalismus, den die sozialistische Revolution vernichten wird, sich wie ein Vampir ebenso auch von der Arbeit allerlei kleinbürgerlicher Schichten nährt. Die sozialistische Revolution wird also auch diese Schichten von der Unterdrückung befreien. Es ist demzufolge wahr, daß diese Schichten objektiv an der proletarischen Revolution Interesse haben, so wie es gleichfalls wahr ist, daß die Kommunisten sich immer bemüht haben, die Halbproletarier von Stadt und Land, die ruinierten Bauern oder Handwerker, die oft in noch elenderen Verhältnissen leben als das eigentliche Proletariat hinter sich zu ziehen und um das kommunistische Programm zu vereinigen. Nach der Eroberung der Macht wird das revolutionäre Proletariat unverzüglich die heruntergekommene Kleinbourgeoisie von der Last ihrer Schulden befreien, in gewissen Fällen wird es die Ländereien an die armen Bauern verteilen; es wird alle verfügbaren Arbeitskräfte in das zentral von der kommunistischen Macht geleitete Produktionssystem eingliedern mit dem Zweck, die Arbeiter von der alten Lohnsklaverei zu befreien.

Ein solches Programm wendet sich jedoch nicht an die "arrivierten" Kleinbürger: die marxistische Partei bemüht sich höchstens, sie zu neutralisieren. In Chile z. B. gibt es 730.000 "unabhängige Arbeiter", Handwerker, kleine und mittlere Bauern, Unternehmer im Handel und im Transportwesen, von denen die Hälfte nicht viel mehr verdient als die Arbeiter. Und eben dieser Hälfte würde die Verwirklichung des proletarischen und kommunistischen Programms im Falle eines revolutionären Sieges das unmittelbare Überleben garantieren, dank radikaler Eingriffe in die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse.

Gewiß, in bestimmten Lagen, wie im rückständigen Rußland von 1920 (NEP), mußten die Kommunisten eine Entwicklung der kleinbürgerlichen Wirtschaft hinnehmen und tolerieren, um die politische Macht zu bewahren und der Weltrevolution Hilfe zu leisten. Sie haben jedoch nie als "originellen Weg" zum Sozialismus das theorisiert, was einfach nur eine Entwicklung der Marktwirtschaft war, in dem Fall unerlässlich für die Wiederbelebung einer Wirtschaft, die nicht nur für den Sozialismus unreif, sondern gänzlich zerrüttet und ruiniert war. Die marxistische Partei weigert sich also nicht, das Potential antikapitalistischer Aggressivität der armen und ausgebeuteten Mittelschichten mit zu verwenden; andererseits ist sie auch als einzige in der Lage, deren Geschick zu verbessern. Keinerlei Zugeständnisse macht sie jedoch den Gelüsten, Illusionen und Utopien der Kleinbürger, die an ihr Privateigentum gebunden sind. Wenn sie in der schwierigen Lage eines rückständigen Landes gezwungen ist, auf etwas zu verzichten, so tut sie das nicht aus Respekt vor "erworbenen Rechten", sondern nur zum alleinigen Zweck, die politische Macht zu bewahren, um so den Kampf für die internationale Revolution fortführen zu können.

Illusionen und Verrat der Reformisten

Für die bürgerlichen Arbeiterparteien hat jedoch, in Chile wie überall, das Bündnis des Proletariats mit den Mittelklassen eine ganz andere Bedeutung. Eifrige Diener von Eigentum, Ordnung und Gesetz, geht es ihnen überhaupt nicht darum, den Kapitalismus abzuschaffen. Wenn das ihre Anziehungskraft auf eine gewisse Zahl von Arbeitern auch nicht beeinträchtigt, kann die Arbeiterklasse allein - auch wenn sie zahlenmäßig stark ist - ihnen keine ausreichende Basis bieten, weil die reformistische Politik früher oder später eine abstoßende Wirkung auf einen Teil der Arbeiterklasse hat. Die bürgerlichen Arbeiterparteien suchen demzufolge die Unterstützung der Kleinbourgeoisie, die dem Großkapital feindlich gesinnt ist und, um ihre Stimmen zu gewinnen, versprechen sie ihnen wirtschaftliche Prosperität und Wohlstand. Das Schicksal der Kleinbourgeoisie unter dem Kapitalismus wird dabei grob idealisiert. Da sie im wesentlichen konservativ sind, wenden sich diese Parteien jedoch an die oberen Schichten der Kleinbourgeoisie und, um deren Sympathie zu gewinnen, zögern sie keineswegs davor, die Arbeiterkämpfe in den kleinen und mittleren Betrieben zu ersticken und zu unterdrücken.

Besonders wichtig ist dieses Problem in Chile, wo die kleinen und mittleren Betriebe, insgesamt 35 Tausend, die Mehrheit der Proletarier beschäftigen. Eben deshalb bemüht sich die chilenische Volksunion, die Arbeiterkämpfe zu entwerfen, indem sie die Einheit mit der wohlhabenden Kleinbourgeoisie predigt, obwohl gleichzeitig behauptet wird, daß das Proletariat, auch wenn es die Macht noch nicht fest in der Hand hat, dennoch genügend darin "vertreten" ist.

Die bürgerlichen Arbeiterparteien sind aber nicht die einzigen, die ein besonderes Interesse an der Kleinbourgeoisie haben. Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer tun um die Wette im Versuch, die Sympathie der Mittelklassen zu gewinnen, die allein das Gros für die Truppen der bürgerlichen Reaktion liefern können. Die Daten über die aktive Bevölkerung in Chile zeigen, was auf dem Spiel steht. 730.000 "unabhängige Berufstätige" und 450.000, die im "Dienstleistungssektor" tätig sind stehen einer Million Proletariern in den Städten und 700.000 Proletariern auf dem Land gegenüber. Um sie anzuziehen, schleudert die Rechte, die nationale Partei, Blitz und Donner gegen das, was sie "den Marxismus an der Macht" nennt, während es sonnenklar ist, daß es sich nur um einen vulgären Reformismus handelt.

Solange es Allende, den "Sozialisten" und der KP gelingen wird, die Forderungen des Proletariats und der armen Bauern im Zaum zu halten, um auf deren Kosten "die Nation zu entwickeln", wird die Bourgeoisie, die eine gute Nase hat, sie dulden. Falls jedoch die antikapitalistische Aktion des Proletariats die Überhand gewinnen sollte über die "linke" Phrasendrescherei der Regierung, würde die Reaktion bis zu den Zähnen bewaffnet ins Feld ziehen. Diese Aussicht stört notwendigerweise den Schlaf der heutigen Regierenden in Chile. Sie bemühen sich, die Krise zu mildern, wissen jedoch genau, daß weder ihre Versöhnungsversuche, noch die Theorien der chilenischen "Sozialisten" und "Kommunisten" über die friedliche Eroberung des bürgerlichen Staates nicht im geringsten die Gefahr eines Zusammenstoßes mit der Rechten beseitigt haben. Die Zukunft hängt vom jeweiligen Verhalten des Proletariats und der Mittelklassen ab. Wenn das Proletariat unter dem Druck der Krise zum Angriff übergeht, wird es wohl notwendig sein, die Mittelschichten zu bewaffnen, um diese Drohung abzuwenden. Die Rechte und die Reformisten wetteifern bereits in diesem schmutzigen Geschäft. Die Kleinbourgeoisie braucht nur ins Feld der Rechten überzugehen, und schon ist dem militärischen Staatsstreich der Sieg gesichert. Wenn sie hingegen die Volksunion unterstützt, wird sie auf jeden Fall den bewaffneten Arm der bürgerlichen Legalität gegen das Proletariat und die armen Bauern bilden. Für das Proletariat hat die Konterrevolution also ein doppeltes Gesicht: das der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer, die nur darauf warten, daß die Regierung der Volksunion den kleinsten falschen Schritt tut, um zur Aktion überzugehen und das Proletariat mit Gewalt zu unterdrücken; und das der Volksfront, besessen von Legalität und Klassenkollaboration. In der ersten Phase der chilenischen Krise, nach 1970, hat sich die Kleinbourgeoisie eher nach links orientiert, und die Großbourgeoisie stand verhältnismäßig isoliert da. Wie jedoch die jüngsten Ereignisse beweisen, ist die Partie alles andere als abgeschlossen.

"Marxistischer Präsident" oder linker Christ-Demokrat?

Mit der Unterstützung der sechs Parteien der Volksunion (den "Marxisten", d.h. Sozialisten und Nationalkommunisten, und Nicht-"Marxisten", d.h. Radikalen, und linken Christdemokraten) wurde Allende am 4. September 1970 mit 36,3 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Man kann sagen, daß er von der inneren Teilung der Rechten und der Unentschlossenheit der Mittelschichten profitierte, da ja gerade die Christlich-Demokratische Partei, welche die dynamischen Sektoren der Bourgeoisie und der Kleinbourgeoisie vertritt, seine Bestätigung durch das Parlament als Präsident der Republik ermöglichte.

Chilenische Gegensätze: ein sogenannter "marxistischer Präsident" und ein konservatives Parlament! Nur senile Demokraten können sich über diesen "bösen Streich" freuen, den das Volk der Bourgeoisie gespielt hat, In Wirklichkeit liegt die Volksunion in den Armen der Christdemokratischen Partei, und sie fühlt sich dabei äußerst behaglich. Die Programme der beiden politischen Formationen gleichen sich wie ein Ei dem anderen: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Wohnungsbau in großem Stil, "radikale" Bodenreform, staatliche Rückeroberung der entscheidenden Kupfererträge. Bei der Volksunion gesellt sich jedoch zu diesem schönen Plan eine revolutionäre Phrasendrescherei, die nach Maß geschnitten ist, um die Unzufriedenheit der Entrechteten zu beschwichtigen.

Gewiß, die Christdemokratische Partei hat ihre Unfähigkeit bewiesen, ihr Programm der Rettung des sozialen Friedens zu verwirklichen. Alles, was sie in den Jahren von 1964 bis 1970 unter Freis-Präsidentschaft geerntet hat, ist die Verschlimmerung des Elends des chilenischen Volkes und, seit 1967, die Mobilisierung des Proletariats und der armen Bauern. Die Volksunion hat jedoch nicht viel mehr getan und wird auch nicht viel mehr tun; und wenn sie in den Augen der Bourgeoisie trotzdem einen Vorteil bietet, so handelt es sich einzig und allein um die Möglichkeit zu erreichen, daß das chilenische Proletariat für eine Zeitlang sich wieder fleißig an die Arbeit macht. Die Bourgeoisie hat Allendes Machtaufstieg akzeptiert, weil sie keine andere Wahl hatte: die Krise konnte nur eine Lösung finden, wenn das Land in eine beschleunigte kapitalistische Entwicklung gesteuert würde und das war eben der Zweck der von Allende vorgeschlagenen Reformen. Diese gehen in drei Richtungen:

1. Konzentration des Agrarkapitals, Abschaffung des Latifundiums, Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität. Die Bourgeoisie hat dabei einen dreifachen Vorteil: Verringerung der Importe von Lebensmitteln, die die Handelsbilanz belasten, während der chilenische Boden eine dreimal so große Bevölkerung wie die heutige ernähren kann; Erschließung eines Bin-

nenmarktes für die lokale Industrie; Festigung einer Schicht von sehr produktiven mittleren Grundbesitzern, die die bürgerliche Republik unterstützen und energisch auf die Ansprüche der armen Bauern reagieren;

2. Verstaatlichung der ausländischen Investitionen, vor allem im Bergbau, wogegen nur ganz wenige opponierten. Das chilenische Parlament selbst hat den Gaul des Antiimperialismus bestiegen und einstimmig die Ausplünderung des "nationalen Reichtums" durch die USA-Gesellschaften angeprangert. Die kolossale Bergbaurente muß nunmehr in die Hände des Staates übergehen und "produktiven Investitionen" dienen.
3. Verstaatlichung der an das ausländische Kapital gebundenen "150 Monopole", die die chilenischen Unternehmer buchstäblich unterdrückten, indem sie ihnen Rohstoffe, Maschinen und Kredite zu einem hohen Zinssatz lieferten und dafür deren Produktion zu den niedrigsten Preisen aufkauften.

Angesichts Allendes Erklärungen über die "Originalität der chilenischen Wege zum Sozialismus" muß man unwillkürlich lächeln, denn diese Maßnahmen sind nicht nur spezifisch bürgerlich, sondern so lebensnotwendig für die Bourgeoisie, um mit der Krise fertig zu werden, daß sie sich allen Parteien, den rechten wie den linken, aufzwingen werden. Auf Allendes Erklärung: "Wir schreiten ohne Kursbuch auf einem unbekanntem Terrain" antworten wir: Lüge! Bereits im Jahre 1964 hatte die Klein- und Mittelbourgeoisie das Programm der Volksunion festgesetzt; schon damals forderte die Kirche das "Volk" auf, "weder den Kapitalismus noch den Kollektivismus zu wählen, sondern einen demokratischen Weg sozialer Reformen", inbegriffen eine "konsequente" Bodenreform. Und ist das vielleicht nicht das Programm des "marxistischen Präsidenten?" Die Kirche hat ja übrigens schon das Beispiel gegeben, indem sie ihre eigenen Ländereien verteilte...

Was die Verstaatlichungen anbelangt, so gehörten bereits vor 1970 40% der chilenischen Industrie zum verstaatlichten Sektor, da die Bourgeoisie völlig begriffen hat, daß das Take-off des chilenischen Kapitalismus einen kräftigen Impuls der Akkumulation des staatlichen Kapitals voraussetzt. Umsonst würde man in all dem auch nur eine Spur von "Sozialismus" suchen. Die Teilnahme der chilenischen KP und SP an der Regierung garantiert im Gegenteil, daß die größte Anstrengung gemacht wird, um das Proletariat dazu anzuspornen, "den Produktionskampf zu gewinnen", anstatt seine Energien im... Klassenkampf zu vergeuden.

Der große Zorn der chilenischen Kleinbourgeoisie

Es ist für die Kleinbürger schwer zu verdauen, aber die kapitalistische Entwicklung geht über ihre wirtschaftliche Beseitigung, die je nach der Intensität der bürgerlichen Entwicklung mehr oder weniger

rasch erfolgt. Das ist ein Gesetz des Marktes, der Konkurrenz, ein Gesetz des Kapitalismus, das völlig unempfindlich ist für die Wahlversprechungen der bürgerlichen Arbeiterparteien.

Was Marx die zweitrangigen Widersprüche zwischen den Interessen des Kapitals und denen der Kleinbourgeoisie nannte, ist in Chile mit voller Wucht zum Ausbruch gekommen und hat den nicht nur reaktionären, sondern auch utopischen Charakter jener Versprechungen bloßgelegt. Um den Binnenhandel zu entwickeln und gleichzeitig die Transportkosten zu verringern, hatte Allende die Schaffung einer staatlichen Transportgesellschaft geplant, da die spontane Konzentration des Kapitals in diesem Sektor ein zu langsamer und zu anarchischer Weg gewesen wäre, um wirklich den Bedürfnissen der kapitalistischen Entwicklung zu entsprechen. Unter der Drohung einer vernichtenden Konkurrenz, und zutiefst enttäuscht in den Hoffnungen, die die Volksunion selbst in ihnen erweckt hatte, antworteten die kleinbürgerlichen Transportunternehmen mit einer mächtigen Streikbewegung, zu der sich eine Menge Unzufriedene der Mittelklassen gesellten, kleine Händler und sogar Ärzte, Zahnärzte, und Gymnasiasten. Bis jetzt steht das "Match" auf unentschieden, denn Allende hat teilweise nachgeben müssen; damit ist die Sache aber keineswegs erledigt.

Auf der einen Seite kann die Volksunion nicht auf die Unterstützung der Mittelklassen verzichten, umso mehr als sie - wie der kürzliche Streik der Arbeiter in den staatlichen Zementfabriken beweist - ihrer Popularität in den Reihen der Arbeiterklasse keineswegs sicher ist. Auf der anderen Seite besteht der einzige Grund ihres Verbleibens an der Regierung darin, daß sie der kapitalistischen Entwicklung in Chile beste Dienste erweist. Zu diesem Zweck genügt es nun aber nicht, einem kämpferischen Proletariat die Illusion zu machen, daß die Bourgeoisie nicht mehr das Ruder des Staates führt, oder zumindest nicht mehr alleine führt; sondern ist es auch notwendig, mit konkreten Wirtschaftsmaßnahmen die Akkumulation des Kapitals zu fördern. Durch einen so krassen Widerspruch läuft die Volksunion Gefahr, vernichtet zu werden, denn die Kleinbourgeoisie, besorgt darum, ihre eigene Existenz als Mittelklasse zu retten, kann nicht umhin, sich gegen den Staatskapitalismus zu sträuben, während die Regierung, die die Kleinbourgeoisie zur Ausübung ihrer antiproletarischen Funktion braucht, andererseits durch die Logik selbst, der sie gehorcht, gezwungen ist, eben auf diesem Weg fortzuschreiten.

Wie dem auch sei, ob nun die verdammte Einheitsfront der "Volksklassen" in Stücke geht, oder ob sie noch für einige Zeit ihr mühseliges Dasein weiterfristet, eines ist gewiß: nur eine Minderheit der Kleinbourgeoisie wird sich wirtschaftlich retten; der Rest wird trotz der trügerischen Versprechungen der Reformisten ins Elend stürzen und die Reihen des Proletariats vergrößern, der einzigen Klasse, die fähig ist, den Sozialismus herbeizuführen.

Volksunion - reaktionäre Utopie

Zwei Jahre seit dem der "chilenische Sozialismus" an der Macht ist, hat sich in der Wirtschaft des Landes nichts wesentliches geändert. Die von der Regierung gewährte Lohnerhöhung betraf nur die Minderheit des Proletariats, die im verstaatlichten Sektor arbeitet, und wurde durch die Inflation zunichte gemacht. Kaum war der Siegestaumel abgeebbt, verlangten Allende und seine "kommunistischen" Minister von den Arbeitern, daß sie etwas weniger fordern und etwas mehr leisten. Was die Bodenreform anbelangt, so sieht diese nicht nur die Entschädigung der ehemaligen Eigentümer vor, sondern versendet zudem noch in der üblichen Trägheit der Behörden. Gegen die Enteignungen, die die Mapuches-Indianer durchführten - elende Proletarier, in der Anzahl mehr als 300.000 und für die chilenische Bourgeoisie politisch "nicht-verwendbar", da sie ihr als Todfeind gegenüberstehen - verteidigte die Regierung die wohlhabenden Bauern des Südens. Anstatt den Boden unentgeltlich an die 700.000 elenden Bauern zu verteilen, die den Boden bebauen, zog Allende es vor, Führungsposten im verstaatlichten Sektor an die Militärs des Generalstabes zu verteilen: so sieht der chilenische "Sozialismus" aus!

Und trotzdem haben selbst die Führer der radikalsten Randschichten des Proletariats und der Bauernschaft (wie die MIR) der Volksunion bis heute eine "kritische Unterstützung" gewährt, dieser Volksunion, die nichts anderes verdient als Vernichtung: denn gegen die durch die äußerst harten Lebensbedingungen radikalisierten Proletarier und armen Bauern hat sie nämlich die alten Rezepte des Reformismus verwendet: Einlenkung der revolutionären Energie gegen einige Schichten der Bourgeoisie, die als "parasitär" oder "faschistisch" angeprangert werden, um so die kapitalistische Produktionsweise besser zu erhalten; Aufruf zum "Kampf gegen das Monopol", um so das Supermonopol des Staatskapitalismus als Sozialismus hinzustellen; und zuguterletzt, Aufruf zur Einheit des ganzen Volkes gegen den amerikanischen Imperialismus, als könnte die Mehrheit der Kleinbourgeoisie - vom Proletariat ganz zu schweigen - von einer nationalen Entwicklung des Kapitalismus irgend eine soziale Emanzipation erwarten.

In der Stunde, in der der große Zorn der Kleinbourgeoisie dieser Utopie, wonach die "Volksunion" eine Überwindung der Klassengegensätze ermöglichen würde, einen tödlichen Stoß versetzt, werden in Chile nicht auch echte Kommunisten entstehen, um ihrerseits den widerlichen Lügen, die die Volksunion als revolutionär hinstellen, den Todesstoß zu versetzen, und um das wahre Programm des Proletariats zu agitieren: Bruch mit dem demokratischen und "volksdemokratischen" Fortschrittertum - Organisation zu einer Partei, die gegenüber den Mittelklassen unabhängig ist - Kampf für die revolutionäre Machteroberung und für den Sozialismus, in Verbindung mit der internationalen Arbeiterklasse.

aus "Il Programma Comunista"
Nr. 22, November 1972

ALLENDE SOLL MINDESTENS ALS BESTÄTIGUNG DIENEN FÜR
DIE NOTWENDIGKEIT VON GEWALT UND TERROR

Seit Allende in Chile an die "Macht" gekommen ist, hätte für den Opportunismus - aller Schattierungen und aller Länder - sein Experiment eine Bestätigung, ja sogar den erdrückenden Beweis erbringen sollen für die Möglichkeit einer friedlichen Errichtung des Sozialismus. Kurz und gut, man erwartete von ihm die glänzende Widerlegung des "revolutionären Katastrophismus", und damit die Revanche des sozialdemokratischen Gradualismus.

Schon in ihren Voraussetzungen war die These falsch: keines von Allendes Projekten - und keine ihrer Verwirklichungen - war oder konnte "sozialistisch" sein; es waren alles Maßnahmen, die nicht nur mit dem Überleben der kapitalistischen Produktionsweise und mit ihrem politischen, gesellschaftlichen, juristischen Überbau vereinbar sind, sondern sogar den Zweck hatten, deren Grundlagen zu festigen, sie von den Fesseln einer rückständigen Wirtschaft und einer für eine volle Entwicklung der modernen Produktivkräfte dementsprechend ungeeigneten Gesellschaft zu befreien: eine zaghafte "Bodenreform", eine beschränkte Anzahl von "Verstaatlichungen" gegen Entschädigung, ein Versuch - so halb und halb, angesichts der Macht der bestehenden Interessen - sich von der drückenden direkten Untertänigkeit unter nordamerikanische Industrie- und Handelsgesellschaften loszumachen, gewiß jedoch nicht vom Weltmarkt, der für Chile lebenswichtig ist. Man "errichtet" den Sozialismus nicht "in einem einzigen Land" und, auch angenommen (aber nicht zugegeben), daß die von der Regierung Allende getroffenen oder vorhergesehenen Maßnahmen als sozialistisch bezeichnet werden könnten, würde ihre "radikale" Durchführung, ihre nicht nur oberflächliche sondern gründliche Verwirklichung eine wirkliche Machtergreifung voraussetzen, was soviel bedeutet wie: Bruch des status quo, Entzug aller politischen Rechte der besitzenden Klassen - Bourgeoisie im eigentlichen Sinn, traditionelle Großgrundbesitzer usf. -, Zerstörung des gesamten bestehenden Staatsapparates, Diktatur einer einzigen, revolutionären Partei; alles Bedingungen, die dem Programm, den Zielen und der gesellschaftlichen Grundlage von Allendes heterogener politischer Gruppierung widersprechen.

Man kann einräumen, daß in einem Land, das erst mit einem Fuß im vollen Kapitalismus steht, wie Chile, die ersten despotischen Maßnahmen einer revolutionären Regierung, die der Bezeichnung marxistisch würdig ist (und die Regierung Allende erhebt auch keinen Anspruch darauf, es zu sein, auch wenn es den Journalisten und den politischen Kräften, die dahinter stecken in den Kram paßt, sie als solche auszugeben), gezwungenermassen vorsichtig und "progressiv" sein müssen, aber das unter der Bedingung, daß sie despotisch sind, d.h. an kein Gesetz gebunden, an kein bestehendes "Recht", am allerwenigsten an Eigentumsrechte. In der

Wirtschaft kann die proletarische Diktatur nur schrittweise vorgehen; aber ihr Gradualismus ist notwendigerweise radikal und setzt die Umwälzung eines ganzen Netzes ökonomischer und sozialer Verhältnisse voraus, ist also ein Anti-gradualismus auf dem Gebiet der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen und demzufolge der Macht. Wenn sie diese unerläßliche Bedingung nicht erfüllt, kann sich eine "Arbeiter"-Regierung nennen wie sie will, sie baut jedoch nicht einmal die Grundlagen des Sozialismus auf, sondern bewegt sich auf dem klassischen Terrain einer zaghaften und lächerlichen Ausflickerei des bestehenden Regimes.

Aber das Prokustesbett, in dem sich die Regierung Allende wie ein Fieberkranker herumwälzt, beweist noch etwas mehr: nicht einmal ein kräftiger Vorstoß des Kapitalismus (denn das und nichts anderes, und nichts ernsteres, beabsichtigt die chilenische Regierung der "Volkseinheit") ist im Rahmen des Respektes vor der bestehenden Rechtsmässigkeit möglich: entweder nimmt dieser Versuch die Form des Jakobinertums an, der revolutionären Radikalität des niedrigen Vokes, des "sansculottischen" Terrors, des "öffentlichen Wohlfahrtskomitees" (wie in der großen französischen Revolution), kurz und gut, der Gewalt, um die Ketten zu zersprengen, die das "Land" an seine vorkapitalistische Vergangeheit noch binden, und - was nur den Pseudomarxisten paradox erscheinen kann - an den internationalen Druck des Imperialismus, der sich gerade an der Rückständigkeit der Wirtschaftsstrukturen und des politischen Überbaus bereichert; oder, wenn das nicht geschieht, ist dieser Versuch sogar in seinen begrenzten Zielen zum Scheitern verurteilt, auch wenn diese Ziele historisch notwendig und fruchtbar sind.

Auf diese Weise siegten die englische und die französische Bourgeoisie; auf diese Weise, wenn auch mit einem anderen Potential, aber mit deshalb nicht weniger brutalen Mitteln, siegten die Bourgeoisien, die mit Verspätung in Europa oder in außereuropäischen Kontinenten erschienen, wo die kapitalistische Kolonisierung erst vor kurzem stattgefunden hatte (gerade darin liegt das "Geheimnis" von Mao). Sie verharrten nicht in der Verteidigung: sie griffen an. Sie schufen sich eine eigene Legalität, indem sie jeden Legalismus zerstörten: sie verbeugten sich nicht vor dem bestehenden Recht und vor seinen weltlichen und "geistlichen" Verteidigern. Allende, dieser "verfassungsmäßige Präsident", den die Federfuchser der ganzen Welt in unverschämter Weise unter die Nachkommen von... Marx einreihen, ist nicht einmal ein entfernter Urenkel von Robespierre, aber was sagen wir bloß, nicht einmal von Lafayette oder ...Brissot. In seiner ganzen Karriere als Staatschef kann er sich nur einer Reihe von Rückzügen, Verzichten, Kapitulationen rühmen: heute hat er in seinem lecken Boot bestenfalls die Männer des "Gleichgewichts" sitzen, die Generäle, die unentbehrlich sind, um die "Ordnung" zu erhalten, d.h. um den notwendigen und wünschenswerten Ausbruch der sozialen Gegensätze zu bremsen; er

verhandelt mit den Christdemokraten; den Führerunternehmern "widersteht" er nur zum Schein; durch die ehernen Gesetze des Weltmarktes erleidet er in anderer Form jenen Druck des Imperialismus, dem er durch harmlose Dekrete auszuweichen vermeinte; er läßt sich terrorisieren, anstatt den Terror auszuüben; er ist Gefangener jener Kräfte, die er von vornherein nicht angreifen konnte, ohne aufzuhören, er selbst zu sein; und wenn es für ihn erforderlich sein wird, den Terror anzuwenden, so wird er es nur tun, um die gemäßigten Reformen aufrechtzuerhalten und nicht um die Umwandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse im radikal-bürgerlichen Sinn durchzusetzen.

Die Lehre ist klar und kommt, wie üblich, von der Produktionsweise und der Gesellschaftsform selbst, in der wir unseren Feind sehen: sogar um einer vollen kapitalistischen Entwicklung die Tore zu öffnen, ist Gewalt nötig; wenn man keine Gewalt anwendet, siegt die Gegen-Gewalt, die Gewalt mit umgekehrten Vorzeichen. Legalität tötet: die Bourgeoisien, die sich ihrer historischen Mission bewußt waren, wußten das und wissen das. Der Allendismus erreicht nicht einmal das Niveau des bürgerlichen revolutionären Bewußtseins selbst.

Die Proletarier müssen das Bewußtsein erlangen, daß das, was für die revolutionären Bourgeoisien zutrifft und zutrifft, tausendmal mehr für die Klasse ^{zutrifft,} die von der Bourgeoisie unterdrückt und betrogen wird, auch dort wo die ökonomischen Voraussetzungen für den Sozialismus noch nicht oder nur zur Hälfte existieren.

aus "Il Programma Comunista"
Nr. 16, August 1973

DER "FRIEDLICHE" WEG IST EIN WEG DES SELBSTMORDES

Der Selbstmord (ob nun wahr oder falsch) von Salvador Allende, gefangen im Netz jener militärischen Kräfte - die ihrerseits Werkzeuge gesellschaftlicher Kräfte sind -, von denen er nicht nur geglaubt hatte, den Angriff vermeiden zu können, sondern von denen er sogar Unterstützung verlangte, um auf chilenische Art "den Sozialismus aufzubauen", dieser Selbstmord ist eine sinnbildliche, tragische Bestätigung dafür, daß es keine "friedlichen Wege" nicht nur zum Sozialismus, sondern nicht einmal zur vollen kapitalistischen Entwicklung jener Länder gibt, die auf halbem Weg geblieben sind zwischen vorbürgerlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und vollbürgerlicher Ordnung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.

Überlassen wir es den Publizisten der herrschenden Klasse und deren opportunistischen Dienern, das Regime des gefallenen Präsidenten als "marxistisch" zu bezeichnen: kein Quentchen Marxismus gibt es dort, wo man nicht "die Anerkennung des Klassenkampfes ausdehnt bis zur Anerkennung der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats". Was sein Regime versuchte - wie die Regime aller großen "Entwicklungsländer" - war, auf legalem und verfassungsmäßigem Wege die Rückständigkeit, die Mißverhältnisse, die krassen Gegensätze eines Landes zu überwinden, das im Rahmen des Weltimperialismus auf der Scheide zwischen Vergangenheit und Gegenwart steht.

Und dennoch ist nicht einmal dies möglich gewesen mit der sanften, schrittweisen, friedlichen, parlamentarischen Methode der demokratischen Klassenkollaboration. Die Gewalt, die man zur Verdrängung der Herrschaft rückschrittlicher Gesellschaftskräfte vermeiden möchte, fällt notwendigerweise auf denjenigen zurück, der sich in der Illusion gewiegt hatte, sie besänftigen zu können; die Offensive die man gegen den Feind nicht loslegen möchte, wird vom Feind selbst entfesselt; der Stimmzettel, den man den Waffen entgegenstellen möchte, wird eben von den Waffen schon zerfetzt, bevor er noch in die Urne geworfen wird; selbst die zaghaftesten Reformen - wo sie überhaupt noch einen Sinn haben - verlangen eine organisierte und zentralisierende Gewalt, um verwirklicht zu werden, sonst werden sie von einer organisierten und zentralisierenden Gewalt vernichtet - oder (was in der sogenannten Dritten Welt nicht zum ersten Mal vorkommen würde) von der Staatsstreich-Junta weitergeführt. Schuld der Christdemokraten - brüllen die KPs in allen Ländern -, oder: Schuld der faschistischen Generäle! Nein, meine Herren: Schuld daran sind diejenigen, die glauben und glauben machen, man könne durch Beratungen und sogar im Einvernehmen mit Pfaffen, Bourgeois, Trödlern und Bullen etwas anderes aufbauen als den trostlosen status quo!

Man kann vom Henker nicht verlangen, er soll das Gegenteil von dem tun, was sein Beruf ist. Die Nationalkommunisten ziehen aus den Geschehnissen rund um Allende die Lehre, daß die "Einheit aller Demokraten" nötig ist: aber es ist ja gerade diese Einheit, die die Arbeiterklasse an Händen und Füßen gefesselt, ihren Unterdrückern ausliefert. Und die chilenische Tragödie besteht jetzt nicht darin, daß die Demokratie aus dem Weg geräumt wird, sondern, daß die brutalen Schläge des Militärs die Proletarier und armen Bauern treffen, die für allzulange Zeit im Traum einer "schmerzlosen" Befreiung gewiegt wurden.

Nachdem der "chilenische Weg zum vollständigen Kapitalismus" im Selbstmord endete, wird es nun einen Bürgerkrieg geben? Oder werden jene Volkskräfte, auf die sich Allende zum Teil stützte, zeigen, daß sie von den legalitären und pazifistischen Illusionen soweit eingeschläfert und chnmächtig gemacht wurden, daß sie zu keiner Reaktion fähig sind? Im einen Fall wie im anderen liegt die Entscheidung unabwendbar bei den Waffen. Allende soll wenigstens als Bestätigung dienen für die Notwendigkeit von revolutionärer Gewalt und Terror - hatten wir vor 14 Tagen geschrieben in Vorahnung dessen, was im Schoß der Geschichte heranreifte! Die Proletarier der großen imperialistischen Metropolen, die armen Bauernschichten und Arbeiter der "rückständigen" Länder werden aus dieser harten Lehre die Konsequenz ziehen müssen!

Einen Mittelweg gibt es nicht und kann es nicht geben.

aus "Il Programma Comunista"
Nr. 17, September 1973

KEINE KLASSE KANN SIEGEN OHNE GEWALTSAME REVOLUTION, KEINE KANN DIE MACHT BEWAHREN OHNE DIKTATUR UND TERROR.

Die Tragödie in Chile wirft wieder mit grausamer Härte die verworrene Frage des Verlaufs und des historischen Schicksals jener Länder auf, in denen die Kämpfe eines weder sehr zahlreichen noch sehr konzentrierten Proletariats - jedoch eines Proletariats, das in demselben Maße kämpferisch ist, wie die diesen Gebieten eigenen ökonomischen Widersprüche und sozialen Gegensätze sich verflechten und vervielfältigen - und einer elenden und zersplitterten Klein- und Kleinstbauernschaft sich vor dem Hintergrund des späten und schwächlichen Einsetzens einer kapitalistischen Industrie in den Städten abspielen; dazu kommt noch, daß sich diese Kämpfe unter der schweren Hand des Imperialismus abspielen, der Nutzniesser und zugleich Faktor dieser Rückständigkeit und dieser Schwächlichkeit ist, und unter dem verhängnisvollen bleiernen Druck der sozialdemokratischen und stalinistischen Weltkonterrevolution.

Die marxistische Perspektive von 1848 und 1850

Im Manifest von 1848 zeichnen Marx und Engels für die Länder wie Deutschland, die "am Vorabend der bürgerlichen Revolution stehen" und "diese Umwälzung unter fortgeschritteneren Bedingungen der Zivilisation überhaupt und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringen als England im 17. und Frankreich im 18. Jahrhundert", einen historischen Zyklus vor, durch dessen Phasen (nie in sich abgeschlossene Etappen, sondern riesige Zuckungen einer einzigen Kettenreaktion) die kapitalistische Produktionsweise und ihr politischer und juristischer Überbau hervorberechen werden, indem sie mit Gewalt die feudale Hülle, die die Produktionskräfte noch in Fesseln hält, zerreißen, wonach sie ihre Herrschaft festigen, die letzten Überreste der Vergangenheit wegfegen und - gegen ihren Willen - der proletarischen Revolution die Tore öffnen werden.

Der Kern dieser Perspektive, wonach der Reihe nach das Großbürgertum einen sich selbst überlebenden Feudalismus aus dem Feld drängt, die radikale Kleinbourgeoisie die eilends eingezogenen Fahnen der bürgerlichen Revolution wieder aufnimmt und einen Schritt weiter voran trägt in der Entrümplungsarbeit der veralteten Strukturen; die vorher mit ihr verbündete Arbeiterklasse sie an der Gurgel packt und ihre eigenen Revolution auf den Stamm der ersten aufpfropft, um sie unter ihrem Gewicht zu begraben; der Kern dieser Perspektive ist nicht die mehr oder weniger große Geschwindigkeit, mit der die einzelnen Phasen aufeinander folgen, sondern einerseits ihre materielle Notwendigkeit und Unumkehrbarkeit, und andererseits die gewaltsame, explosive, katastrophentartige Weise eines jeden ihrer

Übergänge, wobei der letzte, der proletarische und kommunistische, hoch über allen steht, was die Sprengkraft seines revolutionären Potentials anbelangt.

Die Niederlage von 1848 ändert nichts an den wesentlichen und notwendigen Zügen dieses Bildes, sondern - wie Marx und Engels zwei Jahre später in der Ansprache der Zentralbehörde an den Bund der Kommunisten die Bilanz zogen - verringert das umstürzlerische Potential der zweiten Phase und steigert in gleichem Maße das revolutionäre Potential der dritten. Die kapitalistische Großbourgeoisie ist zur Herrschaft gekommen, bekommt jedoch Angst vor den tumultarischen Gesellschaftskräften, die sie in Bewegung gesetzt hat und deren kühner Entschlossenheit zu kämpfen oder zu sterben sie den Sieg verdankt; deshalb hat sie in einer erneuten Verbindung mit der "feudalen absolutistischen Partei" Zuflucht gesucht. Deren Erbe übernimmt recht und schlecht die republikanische Kleinbourgeoisie, bereit, sich "rot" und "sozialdemokratisch" zu nennen, sucht sie ängstlich nach einem konstitutionellen Weg zu einer Umwandlung der herrschenden Gesellschaft, die sie für sich selbst und für ihre Verbündeten, die Bauern, "möglichst erträglich und bequem" machen will.

Das Proletariat, das sich weigert, zu einem "Anhängel der offiziellen bürgerlichen Demokratie" herabzusinken, das sich in einer "selbständigen, geheimen und öffentlichen Organisation" zusammenschließt, das eine bewaffnete Organisation besitzt, das entschlossen ist, "möglichst erschwerende und kompromittierende Bedingungen für die augenblickliche unvermeidliche Herrschaft der bürgerlichen Demokratie durchzusetzen", das Proletariat, das nicht mehr gegen die "besiegte reaktionäre Partei, sondern gegen seine bisherigen Bundesgenossen" Mißtrauen hegt, dieses Proletariat - das in der ganzen Entwicklung ununterbrochen als Ansporn gewirkt hat, um sie "auf die Spitze zu treiben" - wird mit dem Schlachtruf "Revolution in Permanenz" wieder auf die Barrikaden steigen und bereit sein, sich die von der sogenannten radikalen Demokratie unerfüllt gelassenen bürgerlichen ökonomischen Aufgaben aufzubürden und, "zusammenfallend mit dem direkten Sieg der Arbeiterklasse in Frankreich", die "längere revolutionäre Entwicklung" des Aufstiegs zur Herrschaft und der Befriedigung der eigenen ausschließlichen Interessen zu beschleunigen - auf den bürgerlichen genauso wie auf den vorbürgerlichen Trümmern der Vergangenheit.

Und trotz allem gibt es auch in diesem Zyklus, wo die Energien in der mittleren Phase eingeschläfert und in der ersten Phase auf Null reduziert waren, keine Phase, die nicht von Blut getränkt wäre: die Entwicklung nimmt nie einen "friedlichen Gang", wenn dieser auch der Traum der Großbourgeoisie ist, die soeben erst die verhaßten "Gewaltmaßregeln" auf die feudale Konterrevolution abgeladen hat und sich nach nichts anderem sehnt, als in Frieden - und sogar unter dem zujubelnden Chor der niedrigen Volksschichten - deren reiche Früchte zu genießen; genauso steht es

mit den Träumen der verfassungsliebenden Kleinbourgeoisie, wie "fortgeschritten" auch ihre Programme sein mögen. Die Entwicklung wird in der Tat auch keinen "friedlichen Gang" nehmen: die von der radikalen kleinbürgerlichen Demokratie nur zur Hälfte erfüllte historische Mission wird von Bourgeois und Junkern gemeinsam zu Ende geführt - mit der eisernen Faust Bismarcks und der alles zermalmenden Dampfwalze der Armeen Moltkes.

Ein halbes Jahrhundert später wird die deutsche Arbeiterklasse sich mit dem gleichen historischen Schlachtruf erheben - und besiegt werden. Nur in Rußland wird der riesige "Film" von 1848 -1850 bis zu Ende gedreht, bis zum leuchtenden Abschluß des Oktobers - mit dem Proletariat als Hauptfigur.

Verspätung und Labilität des kapitalistischen "Starts" in Chile

Wenn es eine "Originalität" im bürgerlichen und kapitalistischen Aufstieg in Chile und im allgemeinen in Südamerika gibt, so besteht sie in der Tatsache - aufgrund gewiß nicht...ethnischer, sondern streng materieller Ursachen -, daß der 1850 von Marx und Engels vorhergesehene historische Bogen sich dort nicht nur im Zeitlupentempo abgewickelt hat, sondern mit noch viel geringerer Energie als in Mitteleuropa im vorigen Jahrhundert und zu Beginn des jetzigen.

Die idealistische Geschichtsschreibung verkündet, daß die "Bildung des nationalen Staates" in Chile bereits vor über 150 Jahren stattgefunden hat, früher als im industriestrotzenden Deutschland, und früher als im kriecherischen Italien. Diese Episode war jedoch so formal, so inhaltslos, daß in diesem Land, dessen Wirtschaft gänzlich auf dem Ackerbau und auf dem Export von Rohstoffen beruht, die traditionellen Eigentumsverhältnisse und veralteten Betriebsführungsformen noch hundert Jahre lang weiterlebten: eine üppige Weide zuerst für den nach Lebensmitteln und Salpeter gierigen englischen Imperialismus, und danach für den nach Kupfer gierigen amerikanischen Imperialismus, der Lebensmittel dorthin verkauft, von wo sie früher exportiert wurden. Auf dieser grauen, vorsintflutlichen Leinwand führt die Demokratie, "eine der ersten der Welt" (so hat man mit Stolz in diesen Tagen bürgerlichen Greisenalters geschrieben) ihren...Werbefilm vor; hinter den Kulissen, erstarrt in einer trüben Existenz als angelsächsische Halbkolonie, schläft der Großgrundbesitz seinen nur durch brüske aber rasch vorübergehende Beben gestörten Schlaf.

Erst in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg beginnt ein spärlicher Faden kapitalistischer Industrie Fuß zu fassen: sie geht jedoch nicht über Leichtindustrie hinaus und ihr vorherrschender Sektor besteht aus kleinen und mittleren Betrieben; sie lebt recht und schlecht auf den gelähmten Agrarstrukturen, ohne sie tiefgreifend zu verändern; sie zahlt den USA im Preis der

"nationalen" Kupfers die Bergwerksrente, sie stöhnt und schwitzt unter der Last der Auslandsschulden, sie heißt das Yankeeekapital und seine und anderer Länder "multinationalen Gesellschaften" -fluchend - willkommen. Es gibt keinen Industriekapitalismus ohne Binnenmarkt; und es gibt keinen Binnenmarkt, der dieses Namens würdig ist, ohne Umwälzung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse auf dem Lande. In Chile leben diese Eigentums- und Produktionsverhältnisse auf dem Lande weiter, unter dem wachsamem Schutzgeleit des Imperialismus - es ist dies jedoch ein Fortleben in einem Verfallzustand, der deren Unproduktivität nur noch verschlimmert und ein zusätzliches Hindernis für das Hervorbrechen neuer Produktivkräfte darstellt: die chilenische Landwirtschaft dient heute immer noch in hohem Grade nur dem Unterhalt der Bauern selbst und ihre Erzeugnisse erreichen nicht den Markt. Die "Mimos" (Mumien, d.h. die Großgrundbesitzer) leben gewiß darüber hinaus auch vom Wucher, von kommerziellen Transaktionen, von Spekulationen mit Aktien (mit ausländischen natürlich). Vor allem leben sie von jenem Imperialismus, der sie zugleich schützt und erstickt. Sie sind dekadent, aber "organisiert": sie haben ihre Weissen Garden, ihre Truppen (ein weiteres Ruhmesblatt der idealistischen Geschichtsschreibung in diesen Tagen allgemeiner Vertrottelung: "das einzige streng verfassungsmäßige Heer Südamerikas", das, wer weiß wie und warum, sich ganz plötzlich zur "Verfassungswidrigkeit" bekehrt hat, nur weil Prats von Pinochet abgelöst wurde), und dazu noch die willfährigen Marinekorps... und Börsen"korps" der Vereinigten Staaten. Das alles ändert jedoch nichts an der gesellschaftlichen Physiognomie der Klasse; es verschlimmert höchstens nur ihr Schmarotzertum.

Unter der schweren Bürde dieser chronischen Rückständigkeit auf dem Lande und deren "Einfrierung" zunächst durch den englischen und dann durch den amerikanischen Imperialismus schleppt sich die industrielle Bourgeoisie mühevoll dahin; sie wünscht sehnlich, sich davon zu befreien; sie ist hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch, einerseits die Eisenkugel des Latifundiums- und die Bürde der Auslandsschulden und der Bergwerksrente abzuschütteln und andererseits dem Bedarf an solider Unterstützung durch Yankeeekredite; sie ist terrorisiert durch die Kräfte, die sie selbst und die weltweite Entwicklung des Kapitalismus heraufbeschwören und auf den politischen und sozialen Schauplatz stoßen: die nach Land hungernden Klein- und Kleinstbauern, die Lohnarbeiter der Industrie und, soweit es sie in geringer Zahl gibt, die Lohnarbeiter der Landwirtschaft, die unter dem Druck einer langsamen und umso beschwerlicheren ursprünglichen Akkumulation ausgepreßt werden.

Das, was die bürgerlichen Ideologen "Die Macht" nennen, und was für uns nur die Regierung ist, geht in den sechziger Jahren in die Hände der um die christlich-demokratische Partei gescharten "labilen" industriellen Bourgeois über. Nach der - von Marx und Engels nicht "erfundenen" sondern festgestellten - dramatischen Reihenfolge der bürgerlichen Revolutionen müßte der Übergang gewaltsam sein, ist es aber nicht: er ist friedlich, parlamentarisch,

demokratisch. Die "Heldentat" der "Bildung des nationalen Staates" hatte ihren Bolivar gehabt: der "Frosch-Mäusekrieg" des kapitalistisch-industriellen "Starts" hat nicht einmal auch nur den Schatten eines Cromwell, geschweige denn eines Saint-Just oder eines Robespierre, und auch nicht eines Washington oder eines Bismarck; und um im "Milieu" zu bleiben, eines Mao; und um nicht zuviel zu verlangen, eines Castro. Weder Schafott, noch Guillotine, noch Kanonen begleiten den alles andere als heldenhaften Marsch der "fortschrittlichen" Bourgeoisie; ihre Waffen sind nicht die "despotischen Eingriffe", deren Beispiel die revolutionären Bourgeoisien dem Proletariat als nicht gewollte Erbschaft hinterlassen, damit es sie gegen die Bourgeoisie selbst richtet, sondern die Papierfetzen harmloser parlamentarischer Dekrete. Der alte Staatsapparat bleibt unangetastet; das Heer "dient" und schweigt - Schweigen ist Gold! Frei's Bodenreform - welche die Enteignung gegen Entschädigung der Ländereien mit geringer Produktivität von über 80 Hektar vorsieht, um sie zusammen mit Staatsbesitzen (letztere oft in größerem Ausmaße) den Bauern zuzuweisen - wird einerseits nur zum geringsten Teil verwirklicht (und wenn sie auch zu Ende geführt würde, würde sie wenig mehr als ein Fünftel der landwirtschaftlichen Gebiete berühren), und gestattet andererseits den ehemaligen Grundbesitzern - die übrigens inzwischen schon vorsorglich ihren Viehbestand losgeworden sind - die Entschädigungsgelder in einträglichere kommerzielle oder industrielle Unternehmen zu investieren; so kommt es, daß diese Bodenreform nur eine kleine Schicht Bauern an den Boden binden kann, Bauern, die übrigens nicht einmal ein Minimum an landwirtschaftlichen Geräten besitzen, wodurch wiederum nicht verhindert werden kann, daß die schon äußerst hohe Landflucht himmelhoch steigt; die Verschuldung dem Ausland gegenüber für immer defizitärere Beschaffung von Lebensmitteln sowie für die unentbehrlichen Produktionsgüter erreicht schwindelerregende Höhen; und schließlich wagt die industrielle Bourgeoisie "an der Macht" nicht einmal jene Verstaatlichung der Kupfergruben (wertvolles Gut großer USA-Gesellschaften), die sie theoretisch von der Last und... von der Schande der aus Feigheit erduldeten Bergwerksrente befreien sollte. Ein ernsthafter "Start" der kapitalistischen Industrialisierung sieht wahrhaft anders aus!

Dringend nötig war daher ein "Übergang in andere Hände", aber an wen? Angesichts eines Proletariats, dessen spezifisches Gewicht schwerer ist als 1850 in Deutschland, und angesichts eines widerspenstigen Kleinbauerntums, das nach Brot und Land hungert - wobei es darum ging, diese beiden Klassen für eine ein bißchen weniger vorsichtige und respektvolle Politik zu benützen und zugleich ihre periodischen Zornausbrüche in Schranken zu halten - an wen konnte dieser Übergang sonst erfolgen, wenn nicht an ein Gemisch von radikalen Kleinbürgern, "anti-imperialistischen; Intellektuellen, Sozialdemokraten, Nationalkommunisten, und anderen mehr oder weniger "rebellischen" gesellschaftlichen Randschichten? Im klassischen Schema nimmt die Trennung des "demokratisch-fortschrittlichen" Flügels vom Körper der Bourgeoisie, wenigstens in ihren Ursprüngen, die Form eines Bruchs an: in

ihrer chilenischen Ausgabe ist der Machtübergang nicht nur schmerzlos, sondern ultrakonformistisch, gesegnet durch den Urteilsspruch der Wahlurnen und sanktioniert von der über allen stehenden Majestät des Gesetzes: tritt ein Präsident ab, so ernennt man einen anderen. Schon alles abgesprochen, vor der "Übergabe": kraft des "Statuts der Garantien", unterschrieben von den Christlich-Demokraten und von der Volksunion; "Wollen wir (d.h. die eine und die andere, industrielle Großbourgeoisie und kleinbürgerliche Demokratie) einen Rechtsstaat ohne Einmischung anderer Organe, die im Namen einer sogenannten Volksherrschaft handeln (vorbeugen! wir wollen nicht im entferntesten auch nur das Gespenst der Sowjets)...Wir wollen, daß die Wehrmacht und die Gendarmeriekorps (die zukünftigen Helden des "Golpe") weiterhin eine Garantie sind für unsere demokratische Ordnung, was implizit den Respekt der organischen und hierarchischen Strukturen von Heer und Polizei bedeutet...zur Wahrung des Eigentumsregimes und des Funktionierens der Informationsmittel"!

Von Frei zu Allende

Das ist aber nicht alles (und das ist das schlimmste?): im klassischen Schema, das Marx und Engels in der Ansprache lieferten, wacht über den ängstlich-feigen Gang der radikalen Demokratie von außen her die Arbeiterklasse, drängt sie voran, nötigt sie zu immer energischeren Maßnahmen, zwingt sie, sich nicht nur zu "allen möglichen Konzessionen und Versprechungen zu verpflichten, sondern diese immer mehr zu erweitern - ein unbequemer "Bundesgenosse", nie dienerisch und auch nie versöhnlicher Freund, sondern eben die Arbeiterklasse mit ihrer "selbständigen und bewaffneten Organisation". In der chilenischen Fassung wird das Proletariat von der sozialdemokratischen und stalinistischen Konterrevolution geführt und bewegt sich im Schlepptau der neuen Volks-Konstellation, deren Regierungsverantwortung es teilt: diese ist nicht selbständig, sondern untergeordnet; nicht bewaffnet, sondern der einzigen bewaffneten Macht, der staatlichen Armee, unterworfen; nicht Ansporn, sondern Bremse; nicht entschlossen, "die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge (und in Chile ist das "minder" über das "mehr" vorherrschend), als die Grundfrage der Bewegung hervorzuheben", sondern dazu genötigt, die "legitimen" Eigentumsverhältnisse zu schützen; nicht dazu gedrängt, die Schranken der herrschenden verfassungsmäßigen Ordnung zu überspringen, sondern dazu gezwungen, diese zu beachten. Überhaupt ängstlich, unschlüssig, zaudernd angesichts des ganzen Bogens der herrschenden Klassen und des Imperialismus, findet Allendes "radikale" Demokratie nicht einmal an ihrem äußersten Rande die treibende, beharrliche, ewig kritische, mutig bewaffnete Kraft des Proletariats - soweit konvergieren USA-Imperialismus und Stalin'sche Konterrevolution, daß sie sogar die "Modernisierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen" in rein bürgerlichem Sinne verhindern!

In dieser Kreuzung eines feigen inneren Pazifismus mit der Untertänigkeit unter gewaltige äußere Kräfte des gesellschaftlichen Konservatismus (zwei Dementis auf einmal: kein friedlicher Weg! kein nationaler Weg!) liegt der Schlüssel des radikal-demokratischen Prozesses des "chilenischen kapitalistischen Starts" - eines Regimes, das statistisch gesehen eine Regierung des Volks und sogar der niedrigen Volksschichten, aber organisch unfähig zu plebeischem Mut ist; das die Gewalt scheut, nur um Gewalt zu erleiden; das vor despotischen Maßnahmen zurückschreckt, nur um vor dem Despotismus zu kapitulieren; das nicht angreift, nur um sich die Verteidigung selbst unmöglich zu machen; das Gesetz und Ordnung verehrt, nur um sie in Form von Maschinengewehren und Kanonen gegen sich selbst gerichtet zu sehen; das Frieden predigt, nur um den Krieg auf sich zu ziehen. Wie kann ein derartiges Gemisch das Operationsmesser in den kranken Körper der chilenischen Wirtschaft und Gesellschaft stoßen?

Die neue Bodenreform bringt Frei's Bodenreform einen Schritt voran, ändert jedoch nicht deren Gang: "etappenweise" durchgeführt, voll Respekt vor dem Eigentumsrecht - sowohl was den Grund und Boden als auch was Maschinen und Vieh angeht, gibt sie den Großgrundbesitzern die Zeit und die Möglichkeit, ihr sowohl zu entgehen als auch sie zu sabotieren, wodurch die Schwierigkeiten bei der Lebensmittelversorgung der Städte noch mehr verschlimmert werden; sie schafft landwirtschaftliche Genossenschaften, aber nur für "Inquilinos" (1) und läßt die armen Bauern und die große Masse der landlosen Saisonarbeiter am Rande; da sie den Klein- und Kleinstbauern nicht die nötigen Mittel und Maschinen verschafft, ist sie nicht in der Lage, der chronischen Seuche der Landflucht und dem andauernden Verfall der Produktivität Einhalt zu gebieten. Diese Bodenreform, die unter dem Zeichen des Gesetzes geboren ist, verurteilt nicht nur mit Worten, sondern auch in der Tat - d.h. mit polizeilicher Unterdrückung - die auch nur sporadische "rechtswidrige" Bodenbesetzung: "Die Ländereien besetzen" - antwortet Allende einem Abgeordneten, der unvorsichtigerweise . . . gewagt hat, vorzubringen, daß nur die Mobilisierung der Bauern in der Lage sei, die tagtägliche Sabotage der Großgrundbesitzer lahmzulegen - "heißt ein Recht verletzen" und fügt hinzu, mit Worten, die heute eine tragische Bedeutung haben: "und die Arbeiter müssen begreifen, daß sie an einem revolutionären Prozeß teilnehmen, den wir mit einem Minimum an Leiden, einem Minimum an Toten, einem Minimum an Hunger zu verwirklichen im Begriffe sind"! (zitiert in Labrousse, "l'expérience chilienne").

Gewiß, die UP (Volksunion) greift in die industrielle Tätigkeit ein und erweitert den gemischten und verstaatlichten Sektor, führt die Kreditkontrolle ein, vereint in den Händen des Staates die verschiedenen Branchen, die zur Bildung der Schwerindustrie beitragen sollen, und zieht schließlich die 49% des Bergwerkskapitals ein, die Frei den amerikanischen Gesellschaften Anaconda

(1) Ein guter Teil der Großgrundbesitze (Latifundium) wurde nach

und Kennekott bei der ersten Runde von Verstaatlichungen durch Gesetze gelassen hatte; und diese zweite Runde ist genauso friedlich und gesetzlich wie die erste. Wie gesagt, die UP führt diese Verstaatlichung durch, aber sie bezahlt sie teuer: nicht nur mit der Verpflichtung, die erste Hälfte des in die Bergwerke investierten Kapitals zurückzuerbüßen, sondern auch mit der Anerkennung der aufgehäuften Auslandsschulden, die um 3,8 Milliarden Dollar schwanken, mit dem Verzicht auf die Errichtung eines Außenhandelsmonopols, und noch mehr mit dem jähen Fall der Kupferquotierung auf dem Weltmarkt. Unterwürfig und kriecherisch vor der industriellen Großbourgeoisie, feige vor der Kleinbourgeoisie der Händler und Krämer, angstzitternd wegen dem "wildem" Sichaufbäumen der landlosen Bauern und der auf dem...Weg zum Sozialismus streikenden Arbeiter, voll Respekt vor den heiligen Verpflichtungen gegenüber den imperialistischen Gläubigern wie gegenüber den Großgrundbesitzern aber stolz darauf, Sozialisten und Kommunisten bei sich in der Regierung zu haben und einen originellen Weg ohne Opfer und ohne Leiden gefunden zu haben, auf dem in Wirklichkeit nicht die bürgerliche Gesellschaftsordnung niedergerissen werden sollte, sondern von innen her umgewandelt: das war Allendes Regime, das Königreich ohne Krone der kleinbürgerlichen Demokratie, das Paradies der Radikalen, die unfähig waren, den Dingen "an den Fern zu gehen".

Der Sinn des blutigen Schlußaktes

Es ist historisches Gesetz, daß man nicht jenes Kaleidoskop von Klassen und Unterklassen, das als "das Volk" bezeichnet wird, befriedigen kann, ohne die Teile, die dieses wirre Mosaik bilden, einen nach dem anderen oder alle zusammen unzufrieden zu machen und sie sich schließlich zu entfremden; vor allem erreicht

einem rückständigen System bewirtschaftet. Die Arbeitskräfte, die Inquilinos, erhielten für die geleistete Arbeit das Recht, eine kleine Parzelle (das Minifundium) zu bebauen, und dazu einen Lohn, der oft mit Naturalien bezahlt wurde und praktisch virtuell war. Oft entzog sich der Inquilino der Pflichtarbeit auf dem Latifundium, um sich der Ausbeutung seiner Parzelle zu widmen, und stellte als Ersatz einen Arbeiter zur Verfügung, dem er seinerseits einen Lohn entrichtete. Er zahlte also eine Art Tribut für das Recht, seinen Zipfel Land zu bebauen, der übrigens meistens im Latifundium integriert war.

man so die Feindseligkeit auch jener Teile, mit deren Unterstützung man rechnete, weil man auf ihnen die eigene Regierung aufgebaut hatte. In einem historischen Prozeß, in dem man alles gewinnt oder alles verliert, wenden sich die "halben Maßnahmen" wieder gegen denjenigen, der sie getroffen hat, schlimmer als wenn er sie gar nicht getroffen hätte. Die "despotischen Maßnahmen, die für jeder Entwurzelungsprozeß veralteter oder nicht mehr lebensfähiger Strukturen unerlässlich sind, sind nicht Frucht einer Wahl: sie sind ein Befehl der Notwendigkeit, ein Lebensgesetz. Wer Frieden predigt, erhält Krieg; wer politische und organisatorische Entwaffnung seiner eigenen Tragkräfte sät, erntet das Gehagel der feindlichen Waffen; wer sich vor dem Gesetz verneigt, provoziert das Gesetz, das andere sich geben; wer nach Ordnung ruft, kommt im Sturm der "Unordnung" um; wer den "Ausschreitungen" seiner Anhänger "vorbeugt" zieht die seiner Gegner auf sich; eine vorgeblich revolutionäre Regierung, welche die Parteien, die die Vergangenheit und die zu revolutionierende Gegenwart verkörpern, nicht für ungesetzlich erklärt, bereitet den Boden für ihre eigene Vernichtung vor.

Vom Streik der Fuhrunternehmen zum Abfall der Christlich-Demokratischen Partei, vom dumpfen Groll der Bauern zur Unzufriedenheit der Krämmer, vom Hin und Her der "regierungstreuen" Armee zum immer heftigeren, wenn auch verhohlenen Druck des Imperialismus, von der Seuche der Inflation zur Lähmung von Industrie und Handel: alles entfesselte sich gegen die UP, weil es sich gegen sie entfesseln mußte. Und angesichts der wilden Explosion unkontrollierbarer Kräfte wurde zur Verteidigung kein Damm erbaut, denn entweder baut man den Damm vorher oder er wird nie entstehen; denn in den großen Wenden der Geschichte verteidigt man sich, indem man angreift, oder man erleidet den Tod.

Im gleichwohl traurigen Ausgang der deutschen "demokratischen Revolution" von 1848-1849 rettete die demokratische und radikale Kleinbourgeoisie wenigstens einen Zipfel ihrer blassen Ehre, indem sie zu den Waffen griff. Sie tat es - schlecht und zu spät - unter dem wütenden Drang der Proletarier; aber sie tat es.

Die demokratische und radikale Kleinbourgeoisie Chiles hat es jedoch nicht getan, sie konnte es nicht tun. Selbst Gefangene des pazifistischen Legalismus der - auf Weltebene - ihrer eigenen Klasse angeboren ist, hat sie darin die einzige Kraft gefangen gehalten, die sie im Augenblick hätte retten können (um sie jedoch in der höchsten Phase des Zyklus zu überspringen und zu schlagen), nämlich das Proletariat. Die Verantwortung liegt nicht nur bei ihr: im Gegenteil, verantwortlich sind dafür in erster Linie jene Weltkräfte der Konterrevolution, die Sozialdemokratie und Stalinismus heißen, und die seit mehr als dreißig Jahren die Arbeiterklasse in den schweren Ketten des unterwürfigen Respekts vor der Demokratie, vor der Legalität, vor dem Parlament, vor dem reformistischen Gradualismus und vor dem sozialen Pazi-

fismus gefesselt halten. Ihnen vor allem ist zu verdanken, daß zwei anfänglich ineinander verflochtene, dann auseinandergehende Wege sich im Blutbad von Santiago und Valparaiso erneut als Einheit erwiesen haben: der Weg einer "bis auf die Spitze getriebenen" und folglich weder friedlichen noch legalitären bürgerlichen Umwandlung, und der Weg des Wiederaufstehens in Waffen eines Proletariats, das - was in einer internationalen Lage leichter möglich sein würde, die von der politischen und organisatorischen Entwaffnung der einzigen wirklich revolutionären Klasse der modernen Gesellschaft nicht verdorben wäre - mit dem Schlachtruf und im Geiste von 1850 die Revolution in Permanenz ausruft.

Chile hat so nicht nur keinen "Sozialismus" gehabt, der nur in der "demokratisch-fortschrittlichen" Demagogie existierte, sondern nicht einmal einen "konsequenten Kapitalismus".

Die unmenschliche Rohheit von Großgrundbesitzern und Großbürgern, endlich vereint unter dem Schirm einer Armee niederträchtiger Schergen, hinter denen man recht leicht den Schatten (aber einen Schatten nackter Waffengewalt) des internationalen kapitalistischen Gendarmen, der USA, erblicken kann, hat sich mit wilder Gewalt über die Arbeiter entfesselt, die in der Falle "ihrer eigenen Fabriken" eingeschlossen waren - diesen materiellen Symbolen des politischen Gefängnisses, in dem der Opportunismus, treuer Diener der herrschenden Klassen, sie gefangen hielt und hält. Sie waren besiegt noch bevor sie erbarmungslos angegriffen wurden, besiegt vom Glauben an friedliche, parlamentarische, nationale Wege zum Sozialismus. Aus dieser leider zum x-ten Male sich wiederholenden Lehre der Geschichte erhebt sich der Warnruf: keine Klasse kann siegen ohne gewaltsame Revolution; keine Klasse kann die Machtbewahren ohne Diktatur und Terror. UM SO MEHR kann dies nicht die Arbeiterklasse - angesichts der weltweiten Front der bürgerlichen Konservativen mit ihrem Schwarm von Laiendienern und Pfaffen - die Arbeiterklasse, die nichts zu verlieren hat als ihre Ketten; sie kann es nicht in den großen Gebieten der Erde, wo ihre siegreiche Revolution noch Aufgaben zu Ende zu führen hat, die nicht ihre eigenen Aufgaben sind; und noch weniger kann sie es dort, wo sie FÜR SICH ALLEIN zu kämpfen und zu siegen gerufen ist.

Steige diese gewaltige Mahnung aus dem furchtbaren Blutbad von Santiago!

"Il Programma Comunista"
Nr. 18, September 1973

NACH DEN EREIGNISSEN IN CHILE, VORWÄRTS MIT DEM
"KOMMUNISMUS DER FEINEN LEUTE"

Könnte der Opportunismus - materielle und nicht subjektive Erscheinung - auf die Ereignisse in Chile anders reagieren als er reagierte: "Der Allendismus wurde getötet, ohne sich zu schlagen; es lebe der Allendismus"?

In Wirklichkeit sah der chilenische Staatsstreich die sogenannten Kommunisten Westeuropas in einer Tätigkeit engagiert, die in der Weite der Umarmungen und in der vielseitigen Liebäugelei mit allen möglichen "demokratischen Kräften" selbst die Erfahrung der begrabenen Unidad Popular weit überholt. Wenn im Appell, der am 18. September aus der Ewigen Stadt verbreitet wurde, die Vertreter der chilenischen Parteien des bunten allendistischen Parussells die "historische" Errungenschaft - die wohl wenige Tage zuvor zu nichte gemacht wurde, aber dazu bestimmt sei, wie ein Phönix aus ihrer eigenen Asche wiederzuentstehen - einer "rechtmäßigen, demokratischen, pluralistischen, mehrparteilichen Regierung, gebildet aus einer breiten Koalition verschiedener Kräfte, Marxisten, Christen, Rationalisten, Unabhängigen" und diese Regierung als Modell hinstellten für einen "friedlichen und demokratischen Weg zum Sozialismus"; wenn wenige Tage vor dem Staatsstreich Volodia Teitelboim erklärte: "Ja, Fehler wurden begangen von denjenigen, die die Etappen der Revolution nicht begreifen und glauben, die Revolution beginne beim Ende", während für die Kommunisten à la Stalin und Nachfolger die Revolution "beim Anfang" beginnt, d.h. bei den schrittweisen, verfassungsmäßigen Reformen, in Ehrfurcht vor Gott und dem Gesetz, da es darum geht - wie im Programm von 1966 der chilenischen KP geschrieben steht - "in Richtung einer ersten Etappe der antiimperialistischen und antioligarchischen (?!) Revolution voranzuschreiten und im Lauf von darauffolgenden Umwandlungen dem Aufkommen neuer Produktionsverhältnisse den Weg zu bereiten"; wenn all das über chilenische Lippen kam, so geschah es gleichzeitig - was reiner Zufall scheinen mag, aber bestimmt in den Plänen der göttlichen Vorsehung enthalten war, die sehnlich wünscht, die heilige Vereinigung von "Marxisten und Christen, Rationalisten, Unabhängigen" aus der Taufe zu heben -, daß der Sekretär der französischen KP, Georges Marchais, in Form eines goldenen Büchleins mit nicht weniger goldenen Gedanken, der Welt seine "demokratische Kampfansage" machte. Es war die Ankündigung des Paradieses, geschrieben auf den heiligen Tafeln eines "Sozialismus humanen Anlitzes", Marke blau-weiß-rot. Lesen wir ein paar Zeilen daraus.

Hat der "Staatsstreich" den Allzuvergesslichen vielleicht in Erinnerung gebracht, daß in der Geschichte, die "Geschichte des Kampfes zwischen den Klassen ist", das erste und letzte Wort immer die Macht spricht, deren vollster Ausdruck die Gewalt ist? Nun gut, in den heiligen Tafeln jenes "Sozialismus" steht, daß "die

Demokratie von Allen und unter allen Umständen den Respekt vor dem Urteil des Volkes verlangt". An den Ufern des südlichen Pazifik wurde das Ergebnis der Wahlen mit Gewalt in Fetzen gerissen? Nun gut: "Wir werden das Ergebnis der direkten, geheimen, proportionalen, allgemeinen Wahlen auf jeden Fall respektieren, egal ob das Ergebnis für uns günstig ist oder nicht". Allende wurde "im Rücken" erdolcht von Oppositionsparteien, mit denen er sehnlichst ein Einverständnis suchte und von einem Heer, dessen wichtigste Exponente er in sein leckes Regierungsschiff aufgeladen hatte. Nun gut, "wir beabsichtigen, in allen Etappen unserer Aktion alle Freiheiten zu respektieren... und demzufolge die Freiheit für die Bildung und Tätigkeit der politischen Parteien, inbegriffen der Oppositionsparteien" (die Unterstreichungen sind vom Autor selbst). Am anderen Ende der Welt hat auf die Ablehnung der Gewalt von Seiten derjenigen, die sich als Aufbauer des "Sozialismus" präsentierten, die Gewalt geantwortet, die sich gegen die Proletarier und Bauern entfesselt (gegen Proletarier und Bauern, die man - das ist das furchtbare - im Namen der Legalität ganz und gar wehrlos gemacht hatte). Nun gut, keine Angst: "In der Demokratie, einer echten Demokratie (diese Präzisierung darf nicht übersehen werden, denn darin liegt der Schlüssel für die weitere Entwicklung: um stark und lebensfähig zu sein, muß die Demokratie 'echt' sein!), muß die Reaktion ersticken und das Gesicht verlieren". Im fernen Chile endete der "Meinungsstreit" - wie es Gesetz der Geschichte ist - mit der Unterwerfung der "Streitenden" unter die Herrschaft des Schwertes. Nun gut, "wir wollen die Ideen kritisieren, die wir für falsch und gefährlich halten, die Ideen vorantragen, die wir für richtig und fortschrittlich halten, mittels der Debatte, der aufrichtigen, ernsthaften, freien Debatte".

Aber, wird jemand einwerfen, so sagte man vor den "chilenischen Ereignissen". Und was sagt man jetzt, danach? Die Antwort kommt im Chor von französischen und italienischen "Komunisten", vereint rund um gedankenschwere Tafelrunden: Mehr denn je führt der "Weg zum Sozialismus" über Demokratie, Gesetz, Gewaltverzicht. Man muß ihn höchstens "härter machen", und erklärt die Wochenzeitschrift der französischen KP, "France Nouvelle", in der Nummer vom 18.-24. September, "härter machen" bede tet: "mehr denn je unser Volk davon zu überzeugen, daß die Legalität und die Demokratie auf der Seite der Arbeiterklasse stehen", daß "die Ausdehnung der Freiheit das beste Mittel ist, um gegen den Umsturz und den Gewaltstreich zu kämpfen, weil das ein Mittel ist, um die Volksmassen am Kampf zur Verteidigung ihrer (?) Macht teilnehmen zu lassen", denn "in dem Augenblick, wo die Macht der Monopole klar ankündigt, daß sie vor ihrer Gewalt der Minderheit nicht zurückschrecken würde, werden wir ihr nicht das willkommene Geschenk machen, den Kampf für die Ausdehnung der demokratischen Freiheiten und für den friedlichen Übergang zum Sozialismus aufzugeben" - d.h. wir werden ihr schließlich das "willkommene Geschenk" machen, ihr friedlich den Kopf hinzuhalten, damit sie ihn uns abschneidet!

In dem Augenblick, wo die Bourgeoisie "in entgegengesetzter Richtung zur Bewegung der Geschichte geht und dazu neigt, die Legalität zu verletzen, indem sie sie ihres Inhalts beraubt", ist es mehr denn je Aufgabe "der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte" (zwei Gestalten, die den Trikolore-"Kommunisten" nach immer zusammen gehen), "den Inhalt der Legalität zu übernehmen und weiterzuentwickeln".

Aus den Zuschauerreihen wird vielleicht jemand besorgt und ratlos fragen, wer denn "der Garant, der Schiedsrichter der Legalität" sei, auf die man sich da so pathetisch beruft. Nun gut, "dieser Garant, dieser Schiedsrichter sind die allgemeinen Wahlen, d.h. die Entscheidung der Mehrheit des Volkes". Genügt das nicht? Fragt ihr vielleicht wie, mit welchen Mitteln, mit welchen "Waffen" man das freie Spiel der "objektiven Kräfte der geschichtlichen Entwicklung" fördern kann, damit ihre legitime, hochheilige Herrschaft sich den reaktionären Gelüsten der "Macht der Monopole" widersetzen kann. Nun gut, es geht darum, die "demokratischen Errungenschaften" zu verwenden: "Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Kundgebungsrecht, Streikrecht" (für alle natürlich, auch für diejenigen, die den... Streik in der Form der... Aussperrung anwenden!) und "zur Durchführung der notwendigen Änderungen auf die Fortschritte des politischen Bewußtseins zu rechnen und den ideologischen Kampf als entscheidend zu betrachten" - Recht gegen Kraft, Ideen gegen Kanonen! Da kann man nur sagen: Amen...

In einer solchen Übereinstimmung, daß jeder Anspruch auf "nationale Wege" über den Haufen geworfen wird (der Unterschied zwischen der französischen und der italienischen KP beschränkt sich auf das Grün anstelle des Blau in der Trikolore, die beiden gemein ist), macht Enrico Berlinguer das Maß voll, nach einer atemberaubenden Reihe von "Arbeitsversammlungen", wie in den tiefgründigen Spalten von "Rinascita", Nummern 30 und 40 dieses Jahres, zu lesen ist. Man träumt nämlich davon, zu der Einheit zurückzukehren, die sich im Widerstandskampf gebildet hatte und die sich "vom Proletariat bis zu den Bauern" erstreckte, "von breiten Schichten des Kleinbürgertums bis zu Gruppen der mittleren Bourgeoisie, zu einem großen Teil der katholischen Massenbewegung, und sogar bis zu Abteilungen und Bataillonen des Heeres"; unmittelbares und dringendes Ziel ist, "das einheitliche Gewebe zu erweitern, die große Mehrheit des Volkes rund um ein Kampfprogramm zur Sanierung und demokratischen Erneuerung von Gesellschaft und Staat zu vereinigen, und zu erreichen, daß diesem Programm und dieser Mehrheit eine Aufstellung politischer Kräfte entspricht, die in der Lage ist, die konservativen und reaktionären Gruppen zu isolieren und zu schlagen", um so in Richtung eines sozialistischen Regimes voranzuschreiten, "das die volle Ausübung und die Entwicklung aller Freiheiten garantiert" (aus Vorsicht verwendet Berlinguer keine Unterstreichungen; wir selbst haben uns erlaubt, seine historischen Worte hervorzuheben). Und es soll bloß nicht vorkommen, daß jemand zu dem

Schluß komme, "den gewisse Unglücksraben vorbrachten" (vielleicht in den Reihen der KP selbst, gewiß aber in deren außerparlamentarischem Nachtrab "den demokratischen und einheitlichen Boden zu verlassen, um eine andere, illusorische und verschwommene Strategie zu wählen, bei der aber auf jeden Fall klar vorauszusehen ist, daß sie rasch und unvermeidlich zu einer Isolierung der Avantgarde und zu deren Niederlage führt"! Gott behüte: "Wir meinen, im Gegenteil, daß, wenn die herrschenden Gesellschaftsgruppen danach streben, den demokratischen Rahmen zu sprengen, das Land in zwei Teile zu zerreißen (das heute sozusagen sich einer begeisterten Einheit erfreut!) und die reaktionäre Gewalt zu entfesseln (keine Mißverständnisse bitte: für Berlinguer & Co. ist jede Gewalt, wenn sie sich gegen die heiligen Tempel der Demokratie richtet, reaktionär!), uns das noch mehr dazu anspornen muß, uns der Sache der Verteidigung der Freiheit und des demokratischen Fortschritts anzunehmen, eine vertikale Teilung des Landes zu vermeiden, und uns mit noch größerer Entschlossenheit, Vernunft und Geduld darum zu bemühen, die reaktionären Gruppen zu isolieren, und jede nur mögliche Verständigung und Konvergenz zwischen allen Volkskräften zu suchen" (Allende hat sie offensichtlich nicht genügend gesucht!).

Die Verfechter der Theorie des "doppelten Kofferbodens", des taktischen Manövers", hinter dem wer weiß welcher "strategischer Plan" in Reserve gehalten wird, sollen sich bloß keine Illusionen machen: keine "Dualität in der Perspektive und in der praktischen Verbreitung", keine "doppelte Strategie" - Demokraten sind wir, Demokraten in höchster Potenz werden wir bleiben!

Es gibt jedoch immerhin bei Berlinguer etwas mehr, einen kleinen Schritt voran im Vergleich zu seinen Kollegen jenseits der Alpen. Und dieser Schritt betrifft Montecitorio (Sitz des Parlaments in Rom) und seine künftigen Aussichten im Rahmen des "friedlichen und demokratischen Weges zum Sozialismus". Hier gibt der Minnesänger der Demokratie den Ton an: Zu sagen, "daß wir das Parlament (mit einem großen P, Gottlob!) als "eine wesentliche Einrichtung des italienischen politischen Lebens" betrachten, ist viel zu wenig; man muß hinzufügen: "nicht nur heute, sondern auch in der Übergangsphase zum Sozialismus und im Laufe seines Aufbaus". Dort unten in den Zuschauerreihen erinnert sich vielleicht jemand verschwommen an die Thesen Lenins und der III. Internationale, wonach "der Kommunismus den Parlamentarismus als Form der Klassendiktatur des Proletariats verneint; die Möglichkeit der Eroberung der Parlamente verneint; sich die Zerstörung des Parlamentarismus zum Ziel setzt und zu diesem Zweck, jedoch nur zu diesem Zweck, davon spricht, es zu benutzen. Jenes fossile Überbleibsel aus vorgeschichtlichen Zeiten soll ruhig seine Illusionen ablegen: für uns "Kommunisten" mit dem Rot-Weiß-Grün der Nationalflagge ist das Parlament nicht, wie zu Lenins Zeiten, nur eine Tribüne, um die Übel der kapitalistischen Gesellschaft anzuprangern und um für den Sozialismus Propaganda zu machen". So konnte man damals denken, im Morgen-

grauen des assoziierten Lebens in diesem irdischen Jammertal, in der steinzeitlichen Höhle eines noch nicht "zivilisierten" Kremles, als noch das Gesetz des "bellum omnium contra omnes" galt, das rohe Gesetz des nackten Überlebens. Seit jenen fernen Zeiten hat der "Kommunismus" Riesenschritte gemacht: er reist nicht einmal mehr im Zug, und schon gar nicht im gepanzerten Zug, er ist in den beiden Flügeln des Abgeordnetenhauses zuhause, seine Heerführer gehören zum internationalen Set, der natürlich nur im Jet mit Überschallgeschwindigkeit dahinbraust, sie besitzen die Wissenschaft und die Technik des glücklichen Manager-Zeitalters, sie kleiden sich nach der neuesten Mode, sie sind in jeder Hinsicht "in".

Das Parlament zerstören, wie aus den Tiefen der Urwälder Vladimir Uljanow rief? Quelle horreur, welch barbarischer Wahnsinn! Wir haben heute ganz andere Zeiten und ganz andere Mittel, Genossen: Allende hin, Allende her, heute abend spielen wir Bridge!

aus "Il programma comunista"
Nr. 19, Oktober 1973

DIE MIR: RADIKALE REVOLUTION IN WORTEN NEUE VOLKSEINHEIT IN DER TAT

Die kürzlichen Erklärungen der Wortführer der chilenischen MIR, darunter auch des Generalsekretärs Miguel Enriquez, haben die schon zu Allendes Zeit charakteristische Haltung dieser Organisation nur noch unterstrichen. Die MIR (Bewegung der revolutionären Linken), - eine junge und unscharf abgegrenzte Organisation, mit heterogenen Richtlinien, zwischen dem Castrismus und dem Neo-Trotzkismus à la Vereinigtes Sekretariat stehend, jedoch mit vielen politisch unbestimmten Bereichen -, hatte sich, wie bekannt, aus der Regierungskoalition herausgehalten, hatte jedoch immerhin die Unidad Popular von außen aktiv unterstützt. Trotz seiner ziemlich beachtlichen Erfahrung im illegalen Kampf und in guerillaartigen Aktionen, Enteignungen und ähnlichem, hatte die MIR, wie ihre eigene Führung eingesteht, zu jener Zeit "ein niedriges Niveau militärischer Organisation" und ihre Arbeit unter den Massen, vor allem auf dem Land, war sporadisch und beschränkt. De facto vertrat sie den - wenn auch nicht offiziellen - linken Flügel einer Koalition, die von Anfang an zum Scheitern verurteilt war, da sie sich weigerte, zu drastischen Mitteln und zur Massenmobilisierung zu greifen, selbst auf dem alleinigen Gebiet der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Umwandlung bürgerlich-demokratischer Natur. In diesem Sinne ist es grotesk, daß Miguel Enriquez sich auf das berühmte Motto von Sain-Just beruft, "diejenigen, die die Revolution nur zur Hälfte machen, graben sich selbst das Grab": In Chile waren weder die UP noch ihre "kritischen" Unterstützer von außen in der Lage, irgendeinen revolutionären Prozeß auch nur in die Wege zu leiten. Noch schlimmer ist es aber, daß die MIR, ohne Zweifel die fortgeschrittenste Kraft der politischen Arena in Chile, nach der katastrophartigen Erfahrung der Unidad Popular weiterhin darauf beharrt, dieses Schema vorzuschlagen, wobei sie nur das Gewicht von der Demagogie der "sozial-ökonomischen Errungenschaften" auf die Illusion der "Verteidigung" verschiebt; dabei ist nicht ganz klar, ob die Verteidigung der Massen gemeint ist oder die Verteidigung der Demokratie, die durch den "Blitzkrieg" des Staatsstreiches von der chilenischen Szene gefegt wurde (ein "Blitzkrieg", dessen sich alle angefangen von Allende, von vornherein bewußt waren, und den sie in der einzig möglichen Weise weder verhindern wollten noch konnten, nämlich durch die militärische Organisation der revolutionären proletarischen Vorhut, und nicht nur der proletarischen, in einem Land wo die Bodenreform immer noch die Schlüsselfrage darstellt). Es stimmt zwar, daß ein Exponent der MIR folgendes erklärte: "Der Reformismus ist nicht tot und kann wiedererstehen. Das ist eine große, wenn auch tragische Erfahrung für das ganze chilenische Proletariat. In Chile wurde nicht nur der Sozialismus geschlagen, sondern geschlagen wurde die Art und Weise, wie die Linke die Macht gebrauchte. Der Ein-

satz der Regierung, so wie er von der Unidad Popular vorgesehen war, ist der wahre Besiegte, und wir alle sehen wieviel diese Niederlage das chilenische Proletariat kostet. Nicht mit der andauernden Suche nach einem Terrain der Verständigung mit der Bourgeoisie baut man den Sozialismus auf, sondern nur mit der revolutionären Organisation des Proletariats. Die Regierung hat nicht dazu gedient, die Instrumente des Kampfs des Proletariats gegen die Bourgeoisie zu kräftigen; das ist eine große Erfahrung für das Proletariat und das Volk Chiles". Diese "Selbstkritik" bleibt nur Schein, denn nach Enriquez geht es in Wirklichkeit darum, der allendistischen Linie einen Einsatz der Regierung "als Instrument der Kämpfe der Arbeiter" entgegenzustellen, mittels der Institutionalisierung der "Machtorgane" der Arbeiter selbst, und, als unmittelbare Perspektive, den üblichen "Widerstand des Volkes gegen die faschistische Diktatur" zu entwickeln, ohne "Gewicht auf die alten Unterschiede innerhalb der Linken zu legen! Im richtigen Verhältnis gesehen, weist diese Haltung unzweifelhaft eine Ähnlichkeit mit der spanischen POUM auf: man hält eine Radikalisierung der Volksfront für möglich, ohne dabei jedoch ihre Zusammensetzung zu ändern und ohne je zu einer politisch und militärisch unabhängigen Organisation der Arbeiter- und Bauernmassen zu gelangen. Die Analogie tritt klar hervor, wenn wir die Kritik Trotzki's an der POUM verfolgen: "Die Führer der POUM fordern winselnd die Regierung auf, den Weg der Revolution einzuschlagen (...). Respektvoll verlangen sie von den anarchistischen Führern, daß sie schließlich die marxistische Auffassung vom Staat begreifen(...). Sie betrachten sich als "revolutionäre" Berater gegenüber den Führern der Volksfront. Man muß den anarcho-syndikalistischen Arbeitern den Verrat jener Herren enthüllen, die sich Anarchisten nennen, sich aber als reine Liberale erweisen. Man muß den Stalinismus als die schlimmste Agentur der Bourgeoisie entlarven".

Es ist nicht schwer, in der von Enriquez angegebenen Linie die Wiederholung und Erweiterung der während des Experiments der "kritischen Unterstützung von außen" eingenommenen verzichtlerischen Haltung zu erkennen, insbesondere in der Illusion in bedeutsamer Weise gerade jene Kräfte beeinflussen zu können, die ja so klar bewiesen haben, die imperialistische und reaktionäre Offensive selbst der elementarsten Verteidigung der Massen vorzuziehen (unter dem alten Vorwand, der in solchen Fällen in der Regel vorgebracht wird, daß die Verteidigung der Massen... die Offensive heraufbeschwört hätte). Es ist somit ziemlich klar, daß der von der MIR ausgerufene (aber wie organisierte?) "Widerstand" von neuem in den Rahmen nicht nur einer bürgerlichen Lösung, sondern der entschieden verurteilten und ohnmächtigen bürgerlichen Lösung fällt. Einmal mehr - um einen treffenden Ausdruck von Trotzki zu verwenden - haben die angeblich radikalen Elemente der Guerilla-Linken die Vortruppen der Arbeitermassen an den Schatten der Bourgeoisie gebunden. Das gleiche geschah be-

reits in Bolivien nach dem Umsturz der Regierung Torres, wo man eine antifaschistische revolutionäre Front bildete, die "die Kampfeinheit aller revolutionären, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte" ausdrücken sollte, d.h. man machte eine Nachbildung der Volksfront, der die beiden "trotzkistischen" Fraktionen von Lora und Moscose beitraten.

Man kann der MIR natürlich nicht vorwerfen, Allende nach dem Tode eine Huldigung dargebracht zu haben: ihre Schuld liegt darin, den Allendismus selbst weiterhin unterstützen zu wollen, sowie zu hoffen, ihn weiter vorwärts zu treiben. In diesem Fall erweist sich der Castrismus der MIR als eine Entartung selbst im Vergleich zum kubanischen Modell, denn trotz seiner demopatriotischen Ideologie hütete sich Castro streng davor, die Methoden der traditionellen legalitären demokratischen Kräfte anzuwenden und Bündnisse mit ihnen zu suchen. Es ist nämlich so, daß - wie ihre eigenen Führer halblaut zugeben - die MIR, gerade weil sie gegenüber Allende den "Marquis von Fosa spielte", jene Physiognomie verlor, die ihr erlaubt hatte, sich als vorgerückte Abteilung der Volksbewegung zu behaupten; sie gab praktisch die Guerillaorganisation auf, kümmerte sich nicht um die Bewaffnung der aufständischen Bauern, die die Ländereien besetzten, widmete sich vorwiegend der...Schulausbildung und der Gesundheitserziehung, und ließ sich schließlich von einem konfusen "Ouvrierismus" blenden, der sie dazu verführte, "Kraftzentren" oder sogar "Machtzentren" in Einrichtungen erblicken, die mehr oder weniger einer Räteorganisation ähnelten, denen aber jegliche Bewaffnung sowie jegliche politische Führung fehlte - es sei denn eine politische Führung als Anhängsel der Regierung. Das Scheitern der Unidad Popular zieht folglich das Scheitern derjenigen nach sich, die sie von außen unterstützten und die beabsichtigen, sie angeblich auf dem Boden des illegalen und bewaffneten Kampfes zu wiederholen: "angeblich", weil man nicht sieht, in welcher Weise bürgerliche Kräfte, die sich geweigert haben, das Proletariat zu bewaffnen, als sie es mit den Regierungskräften unter Kontrolle halten konnten, ernsthaft dazu bereit sein können, sich in eine subversive Aktion einzulassen, die als solche sie natürlich umso sicherer überrollen würde (der "Widerstand" hat hier ja keine Alliierten Mächte hinter sich).

Gewiß kann man in der MIR auch Kräfte erkennen, die bereit sind, auf jeden Fall zu kämpfen, mit oder ohne Allendisten; die Führung der Bewegung neigt jedoch weiterhin noch ganz klar dazu, diese Kräfte zu blockieren und ihre Kampfbereitschaft zunichte zu machen, auch auf rein technischer oder praktischer Ebene. Schwerwiegend ist jedenfalls, daß diese Haltung nicht ausschließlich von den Führern der MIR eingenommen wird, deren politische Verwirrung und taktische Desorientierung nicht von heute sind, sondern von einem großen Teil der internationalen "außerparlamentarischen Linken", die diese Linie voll unterstützen und vielleicht noch sehnlicher als die MIR selbst die Schaffung "einer

breiten Aktionsfront mit allen Kräften, die konkret das Regime von Pinochet bekämpfen" wünscht, in einem "Annäherungsprozeß zwischen allen Komponenten der revolutionären Linken, mit Tendenz zur organischen Vereinigung", wie am 11. November in einem Dokument geschrieben stand, das von Avanguardia Oparaa, von der IV. Internationale (Vereinigtes Sekretariat) und von einigen maoistischen Gruppen unterzeichnet ist; d.h. von Organisationen, die behaupten, "daß die MIR nach dem Staatsstreich sofort eine Orientierung gefunden hat, welche auf den Lehren des Marxismus-Leninismus und auf der Auffassung eines langen Volkskrieges beruht. Die politische Linie der MIR stellt die schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die chilenische Wirklichkeit dar und hat nichts zu tun mit den revisionistischen Einstellungen und mit den vereinfachenden Positionen der Foco-Theorie"(1) Dazu muß man bemerken, daß letztere Positionen, obwohl effektiv äußerst borniert, so doch wenigstens auf der kubanischen Erfahrung gründeten, während der große "Realismus" der MIR darin besteht, wie zuvor und schlechter als zuvor die zum Scheitern verurteilte allendistische Erfahrung zu wiederholen, wobei er die Unidad Popular vom Regierungsboden auf den Boden der Illegalität verschiebt, was allein schon einen Widerspruch in sich darstellt. Hinzuzufügen ist noch, daß, wenn man weiterhin in Chile wie anderswo "die Wirklichkeit" als etwas "Neuartiges" betrachtet und sie vom allgemeinen Rahmen des konterrevolutionären Zyklus löst - dieser Zyklus wird eben vom stalinistischen Opportunismus durchweg beherrscht und dies Entstehen einer revolutionären Bewegung, auch in den rückständigen Ländern, setzt den offenen Kampf gegen diesen Opportunismus voraus -, man sich die Rechtfertigung jedes neuen Revisionismus sowie jeder neuen "revolutionären Leichtfertigkeit" als Neuheit, die man erst erproben müsse, sehr leicht macht.

Die verzerrteste und geradezu groteske Fehldeutung des "Marxismus-Leninismus" besteht gerade darin, zu glauben und zu propagieren, daß die Repression aus sich heraus die Massenbewegung wieder zum Aufleben bringen und die proletarische Offensive erneut in Gang setzen kann, ohne vorhergehende Organisation, oder besser mit vorhergehender politischer und praktischer Desorganisation der potentiell revolutionären Kräfte im ohnächtigen Rahmen einer x-beliebigen Volksunion, einer Koalition von Kräften, die - gerade weil sie in entgegengesetzte Richtungen orientiert sind - sich gegenseitig aufheben: und das im besten Falle; denn gewöhnlich läuft es darauf hinaus, daß die revolutionären Komponenten ohne weiteres der bürgerlichen Richtlinie und dem kleinmütigen Legalismus untergeordnet werden, die sich ja so glänzend bewährt haben.

(1) Foco= Brennpunkt; Foco-Theorie = die Guerilla-Gruppe auf dem Lande als Brennpunkt und Funke des revolutionären Kampfes.

Diejenigen, die die Dreistigkeit haben, die Unterschrift "IV. Internationale" unter Dokumente zu setzen, wie das von dem wir hier Auszüge wiedergegeben haben, möchten wir daran erinnern, daß Trotzki die Losung einer subversiven Verwendung von Volksfronten im Bürgerkrieg als absurd und kriminell verurteilte. Diese Volksfronten sind ja ihrem Wesen nach grundlegend parlamentarischer Natur und ihre Führung der Proletarier- und Bauernkräfte kann nur zu immer härteren Niederlagen führen, von denen sich zu erholen immer schwerer wird - selbst angenommen, daß zu diesem Zweck echt revolutionäre Gruppen und Richtlinien existieren, was in Chile keineswegs der Fall ist.

Anmerkung: Trotz der am Anfang des Artikels wiedergegebenen antireformistischen Erklärungen hat die MIR gerade in diesen Tagen sich einer neugebildeten Volksfront zwischen Sozialdemokraten, Stalinisten und "Links"-Katholiken angeschlossen. Das ist der Beweis dafür, daß ihre revolutionären Worte nichts als die Deckung für ein Blockmanöver waren, genauso wie ihre hoch gepriesene Rolle der "extremen Linken" im allendistischen Regime in Wirklichkeit nichts anderes war als eine "Deckung von links" der Regierungskoalition.

aus "Il Programma Comunista",
Nr. 24, Dezember 1973

DIE FEHLER, DIE IHR IMMER MACHEN WERDET
- CHILE UND DIE DEMOKRATISCHE TÄUSCHUNG -

Während in Chile die militärische Repression nicht aufgehört hat, die Anhänger der vom neuen Regime verbannten Parteien zu verfolgen, vor allem die Anhänger der mehr links stehenden Parteien, denen, soweit sie nicht ermordet wurden, beschieden ist, Prozesse mit harten Urteilen zu erleiden, hat der geflüchtete Carlos Altamirano, "heute der angesehenste und bekannteste Führer der Unidad Popular im Exil", in einem im "Espresso" vom 24. März veröffentlichten Interview in bezug auf den chilenischen Staatsstreich behauptet, eine nützlich Lehre aus "den Fehlern, die wir nicht mehr machen werden" gezogen zu haben: "Wenn die Irrtümer und Fehler, die begangen wurden, rechtzeitig vorhergesehen und überwunden worden wären, wäre der Gang der Ereignisse ein anderer gewesen". Irrtümer und Fehler werden gleich danach spezifiziert:

"In der Regierung und in der Unidad Popular führten das Fehlen einer einheitlichen politischen Führung, die ideologischen Zersplitterungserscheinungen und die taktischen Divergenzen zu Widersprüchen in der politischen Führung und zur Unverträglichkeit zwischen den verschiedenen Elementen, die an der taktischen und politischen Führung der Regierung teilnahmen. Zudem fehlte es auch an einer Militärpolitik. Es war weder logisch noch konsequent, den Erfolg eines revolutionären Prozesses auf der persönlichen Loyalität einiger Militärkommandos zu gründen, auf einem Anschein nach verfassungstreuen Gesinnung, auf Traditionen, die zur bürgerlichen Mythologie gehören." Nachdem er sagte, daß die herrschende Klasse mehr auf die Bewahrung der Produktionsverhältnisse Wert legt als auf den "juristischen Überbau", weist Altamirano darauf hin, daß eine Militärpolitik mit einem eigenen "Abschreckungspotential" fehlte, und fährt folgendermaßen fort:

"Wir hätten den militärischen Staatsstreich und den Bürgerkrieg nur dann vermeiden können, wenn wir uns darauf vorbereitet hätten. Die Wahl einer verfassungsmäßigen Politik ohne zu den Waffen zu greifen, womit die Unidad Popular den Übergang zum Sozialismus durchzuführen beabsichtigte, hätte nie die Möglichkeit ausschließen dürfen, sich in bewaffnete Aktionen zu verwandeln!"

Alle Demokraten sind bereit zuzugeben, den Fehler eines Übermasses an "Demokratie" begangen zu haben, sobald sie von demjenigen von der Szene gefegt werden, der sie vorher zum eigenen Vorteil geduldet hatte. Blaße liberale Interpreten einer bürgerlichen Demokratie, (die zu anderen Zeiten nicht unvereinbar war mit Gewalt und Terror gegen die geschlagenen Mächte, sondern sogar daran erstarkte), stottern die chilenischen "Sozialisten" nun darüber, was sie hätten tun sollen. Nach dem harten Schlag erhebt sich nun das unvermeidliche Gestöhne, begleitet vom widerwärtigen Wetteifern um das aufrichtigste "mea culpa". Ebenso unvermeidlich ist es jedoch, daß man nicht die einzige nützliche

Lehre daraus zieht, d.h. die Notwendigkeit der Zersprennung der Front der "offiziellen Demokratie", die gewiß nicht Ausdruck eines "Übergangs zum Sozialismus" ist, aber auch nicht einmal einer starken Macht gegenüber den rückschrittlicheren besitzenden Klassen und den Interessen des Imperialismus: Solch eine Macht kann nicht verwirklicht werden ohne ein bewaffnetes und organisiertes Proletariat, eine Bedingung, die von der "Demokratie" zu erwarten reiner Wahnsinn wäre, da diese im Gegenteil gerade dagegen bis aufs letzte kämpft.

Warum hat man also unter Allendes Regierung nicht diese Front gebildet, sondern hat den "juristischen Strukturen" größere Bedeutung beigemessen als den "Produktionsverhältnissen", wie der Sozialist Altamirano sich ausdrückt, wobei er zu verstehen gibt, daß man das Gegenteil hätte tun müssen?

Die Wahrheit ist die, daß Allendes Versuch nicht einmal das Niveau einer radikalen bürgerlichen Bewegung erreichte. Es war eine von der Großbourgeoisie selbst angeregte Bewegung, und ihr "qualifizierendes" Element war der Kompromißversuch zwischen allen Gesellschaftsklassen. Die Bourgeoisie hatte sich der Illusion hingeeben, auf der Grundlage dieses generellen Kompromisses regieren zu können und glaubte, in Allende den Mann gefunden zu haben, der alle extremen Tendenzen mäßigen könnte, vor allem die, die unter den Bauern- und Arbeitermassen entstanden. Und alle konnten dann hinterher, nach erfolgtem Staatsstreich, großtuerisch erklären, daß Allende nie genügend Kraft gehabt hatte, um auch nur irgendetwas durchzusetzen, schon gar nicht auf militärischer Ebene, was ja auch Altamirano zugeben muß. Abgesehen vom schwachen Widerstand des Moneda-Palastes, ist die Macht nicht trotz Allende, sondern dank Allende auf das Militär übergegangen. Das wird klar, wenn man bedenkt, wie das Militär von der "sozialistischen" Regierung verhätschelt wurde: "Von 1970 bis 1973 stieg das Verteidigungsbudget von 1,1 Milliarden auf 7,3 Milliarden escudos" - berichtete "Le Monde" vom 20. Dezember 1973 - eine beträchtliche Erhöhung, "selbst unter Berücksichtigung der Inflation" und vor allem wenn man das Jahr 1969 betrachtet, "das letzte Jahr der christdemokratischen Regierung von Frei", der seinerseits anlässlich der Präsidentenwahlen "von einer plötzlichen Aufmerksamkeit für die militärische Hausmacht" beseelt war. Folglich hat die Eroberung der Streitkräfte - die seinerzeit als Modell eines demokratischen Heeres beschrieben wurde - in gleicher Weise wie die Eroberung der anderen Einrichtungen nicht die Ersetzung aller alten Pader mit sich gebracht, sondern erfolgte mit dem Versuch, den Apparat so wie er war zu kaufen (es gab beachtliche ökonomische und strukturelle Verbesserungen), mit dem Ergebnis, den eigenen Feinden Macht und Mittel in die Hand zu geben. Das chilenische Heer war militärisch und "ideologisch" von den Vereinigten Staaten geschult und das hörte unter Allende nicht auf: jedes Jahr begaben sich mindestens zweihundert Offiziere und Unteroffiziere

zu einem Fortbildungskurs nach Panama. Der General Carrasco W. berichtet "Le Monde" weiter im selben Artikel - dem 1972 in Kuba ein triumphaler Empfang bereitet wurde, verhehlte nicht, großen Gewinn aus diesen Kursen gezogen zu haben, in denen er den "counter-insurgency-war" (d.h. den konterrevolutionären Krieg) gelernt hatte.

Der gleichen Quelle entnehmen wir weiter die Worte eines der der Unidad Popular "am nächsten stehenden militärischen Mitarbeiter", wonach für Allende "der Bruch oder auch nur eine Änderung der militärischen Beziehungen zu Washington soviel bedeutet hätte wie die Einführung eines politischen Faktors in vorwiegend berufliche Probleme". Dieser Mitarbeiter erzählt dann, daß - als der General Frats den von Oberst Couper am 29. Juni 1973 versuchten Putsch vereiteln konnte - "die Marine und die Fach (die Luftwaffe) schon seit langer Zeit (siehe da!) zur Erhebung bereit waren, so daß in dieser Lage eine Säuberung des Heeres, das fast zur Gänze für die Ideen der Putschisten gewonnen war, weit davon entfernt, den Staatsstreich zu verhindern, ihn nur ausgelöst hätte".

Es handelt sich hier um ganz andere Dinge als um "Fehler"! Allende war nur dank der Tatsache an der Macht, daß er das alles begünstigt hatte und die "starke" Alternative immer in den Händen derer ließ, die die wirkliche Macht innehatten. Der Fehler wäre also "nur" der, den "chilenischen Weg" überhaupt eingeschlagen zu haben, von dem Altamirano behauptet, daß er noch nicht "erschöpft" sei, sondern im Gegenteil weiterhin "eine für die Völker offene Hoffnung" darstelle.

Daß der "chilenische Weg" jeglicher revolutionären Entwicklung verschlossen war, bestätigen auch die Worte Juan Carces, eines politischen Ratgebers Allendes, der sich in "Le Monde" vom 18. Dezember 1973 fragt, "ob man die Arbeiter bewaffnen konnte", und zu einem negativen Schluß kommt.

Er behauptet, daß "das politische Programm der Unidad Popular auf der politischen Legitimität beruhte, ohne daß es in den obersten Kommandos auch nur einen einzigen sozialistischen, geschweige denn kommunistischen General gegeben hätte. Militärgewalt gegen politische "Legitimität"!

Nach der wortwörtlichen Erklärung, "daß eine Revolution ohne revolutionäres Heer nicht möglich ist", beschreibt der Autor das Scheitern Allendes als er sich auf den demokratischen Flügel der Streitkräfte stützte. Diese demokratischen Kräfte waren zu schwach, "um die antisozialistische Mehrheit der Offiziere zu neutralisieren".

Da das Problem des legalen Weges wie immer darin bestand, "das prekäre innere Gleichgewicht, das sich gebildet hatte", aufrecht zu erhalten, war es absolut notwendig, den Bruch zu vermeiden; "die Wahl der Wehrmacht ließ keinen Zweifel bestehen. Auf keinen Fall wäre sie der bewaffnete Arm der Arbeiterklasse geworden".

Allendes Mitarbeiter ist sich dessen sicher, was er sagt: "Die Unterstützung der Regierung Allende von Seiten des Militärs war von politisch und sozial starren Grenzen eingeraht; über die sie nicht hinausgehen konnte: der Rechtsstaat und das Einfrieren der Gegensätze zwischen Proletariat und Kleinbourgeoisie. Die Wehrmacht erkannte die legale Regierung in dem Maße an, in dem sie rechtmäßig handelte. Sie war an eine "verfassungstreue Ideologie gebunden und nicht an eine Klassenideologie".

Mit anderen Worten, das Heer war als gegnerische Kraft anerkannt, die man zu "kontrollieren" glaubte... indem man sich schön brav verhielt. Für den Autor war also klar, daß "eben dasselbe Armeekorps, das die Regierung verteidigte, den Gehorsam verweigern würde, wenn es einen verfassungswidrigen Befehl erhalten hätte. Der Präsident Allende hatte nicht die Macht, die Kammern aufzulösen und mit Notverordnungen zu regieren. Kein einziges Regiment hätte ihn dabei unterstützt".

Dieselben Bedingungen, die gestatteten, an der Macht zu sein, zwangen folglich dazu, nichts Revolutionäres zu unternehmen. Warum hat man aber, um aus diesem Gefängnis herauszukommen, nicht an die Kräfte appelliert, die außerhalb des Heeres standen, warum hat man sie nicht organisiert und bewaffnet? Die Antwort des Allende-Beraters ist zumindest entmutigend: "Es wäre nicht einmal möglich gewesen, eine derartige Aktion zu unternehmen (Verteilung von Waffen an die Arbeiter), ohne daß die Wehrmacht sofort davon erfahren hätte"! Alle Überlegungen des Autors führen zum gleichen Schluß: Bewaffnung und bewaffnete Aktion waren unter den gegebenen Umständen nicht möglich, ohne eine Unterdrückung durch das Heer hervorzurufen: "Zwischen 1970 und dem August 1973 machten die objektiven und subjektiven Umstände, die den Prozeß der Unidad Popular bestimmten, es unmöglich, parallel zur Berufsarmee eine Volksarmee zu organisieren".

Das politische Programm der Regierung Allende kam also im wesentlichen in dieser Haltung zum Ausdruck, einer Haltung, die für alle gemäßigten Regierungen kennzeichnend ist, ob diese sich nun als Übergang zum Sozialismus ausgeben oder nicht: nichts Radikales tun, um die Reaktion des Militärs zu vermeiden, und alles nur Erdenkliche tun, um Proletarier und Bauern in der Illusion zu wiegen, daß nur auf diese Weise die Reaktion nicht durchkommt. Dasselbe kann man folgendermaßen ausdrücken: Die Furcht vor der Organisation der Arbeiter und Bauern war bei der Regierung stärker als die Furcht vor dem staat-

lichen Heer, denn das staatliche Heer duldet sie, während die Proletarier in Waffen sie nicht geduldet hätten.

Es ist demzufolge klar, daß alle, die diesen "friedlichen Weg" von innen und von außen unterstützten, sich für dessen Ergebnis mitverantwortlich machten. Eine revolutionäre Kraft hätte es als ihre wesentliche Aufgabe empfunden, eine strenge politische und organisatorische Unabhängigkeit gegenüber der Regierung und deren Parteien zu bewahren, nicht nur zu dem Zweck, eben diese Parteien zu einer größeren Radikalität bei ihren bürgerlichen Maßnahmen zu zwingen, sondern auch um die Maßnahmen der Selbstverteidigung von Proletariern und Bauern zu ermöglichen, die auch gegen die Aussöhnungsregierung erforderlich waren.

Was tat nun Altamirano, nachdem er betont hatte - wie R. Debray seinerzeit berichtete - daß "die beste Art und Weise, den Zusammenstoß zu überstürzen und noch blutiger zu machen, darin besteht, ihm den Rücken zu kehren"? Nach dem vereitelten Putsch vom 29. Juni erklärte er: "Nie war die Einheit zwischen Volk, Streitkräften und Polizei so groß wie heute... und diese Einheit wird nach jeder neuen Schlacht des historischen Krieges, den wir führen, noch mehr erstarken". Diese an das Volk gebundenen Streitkräfte sind dieselben, deren "Entscheidung für den Putsch" nach Garces keinen Zweifel zuließ, dieselben, die wenige Monate später das Volk unterdrückten und die übrigens vorher schon von der fortschrittlichen Regierung mit Freude die Genehmigung erhalten hatten, alle Waffen zu beschlagnahmen, die sie auf bloße Anzeige der "Bürger" hin ausfindig machen konnten. Handelt es sich bei diesem Gesetz auch um einen "Fehler"?

Die Lehre, die man daraus ziehen muß, ist hingegen, daß der "Fehler" nur einer ist: die Anmaßung, ohne revolutionäre Mittel, einen revolutionären Weg einzuschlagen. Der Fehler ist die Regierung Allende selbst, mit allen ihren Freunden.

Ein noch ärgerer Fehler wäre es zu glauben, daß man zur Behebung der Mängel einer "einheitlichen politischen Führung der"ideologischen Zersplitterung" und der "taktischen Divergenzen", wie Altamirano behauptet, den gleichen Einheitsblock noch einmal versuchen müsse. Man kritisiert das vorhergehende "Sektierertum" und redet von "Willen zur Einheit" und "Großmütigkeit und Nachsichtigkeit, um die Vergangenheit zu vergessen (siehe da!) und mit Optimismus für die Zukunft zu arbeiten"! Vom Block ausgeschlossen sind nur diejenigen, die ihn verlassen hatten, um ihn mit den Waffen des Militärs zu bekämpfen.

Bei einem Treffen in Paris mit den Sozialisten Mitterands drückte Altamirano in perfekter Weise die Einheits-Illusion aus, die zur Katastrophe geführt hatte, womit er zeigte, daß seine Kritik post festum absolut untauglich ist, den selbstmörderischen Einheitswahn auch nur im geringsten zu ändern: "In der Einheit haben

wir gesiegt, in der Einheit haben wir jämmerlich versagt, aber vereint werden wir siegen". Die Wurzeln dieses Versagens liegen aber gerade in jener Einheit, die nie zu einem wirklichen Sieg führen wird oder führen kann.

Ohne Zweifel wird es heute in Chile Elemente geben, die begriffen haben - angesichts der brutalen Unterdrückung, die sie durch die Reaktion erleiden, nachdem sie von der friedlichen "Revolution" entwaffnet wurden -, daß der einzigmögliche Weg zur Befreiung in entgegengesetzter Richtung geht als der bisher beschrittene. In diesem Augenblick besteht die größte Gefahr darin, daß ihre Stimmen übertönt bleiben vom kleinmütigen Chor allerer, die jetzt seufzen und jammern, weil sie vorher nicht kämpfen wollten. Die Gefahr besteht darin, daß es einem Altamirano gelingt, sich mit einem weiteren Experiment eines "revidierten und korrigierten" Allendismus neuerlich glaubwürdig zu machen und kämpferische Militante zum Glauben zu verführen, daß es sich um etwas ganz anderes handle als die Volksfront der Dreißigerjahre, da "in der Unidad Popular die Führung in den Händen der Arbeiterklasse liegt".

Gewiß die Arbeiterklasse ist als einzige in der Lage, den Angriff gegen die chilenisch-nordamerikanische Reaktion zu unternehmen. Dieser Angriff wird jedoch nur dann günstig für sie ausgehen, wenn er gleichzeitig auch gegen die demokratischen Feiglinge der Halbklassen gerichtet wird, die immer zum Verlieren bereit sind bevor sie überhaupt kämpfen. Das wird auch das einzige Mittel sein, um Verbündete in anderen Gesellschaftsschichten zu finden, vor allem unter den ärmeren Bauern.

Wie wir zur Zeit des Staatsstreichs in Erinnerung riefen, ist das der Weg von 1848 von Marx und Engels, die Verweigerung, zu einem "Anhängsel der offiziellen Demokratie" herabzusinken, die Erkenntnis der Notwendigkeit, sich zur "unabhängigen, geheimen und öffentlichen Organisation" zu bilden. Es war der Weg, um nicht in die demokratische Falle zu gehen, es ist der Weg, um die blutige Neige wieder emporzuklimmen.

aus "Il Programma Comunista"
Nr. 8, April 1974

KLASSENSOLIDARITÄT MIT DEM CHILENISCHEN PROLETARIAT

PROLETARIER!

Das halbherzig reformistische und durch und durch legalitäre Regime von Salvador Allende ist vor einem Jahr zusammengebrochen. Es wurde von den chilenischen Streitkräften niedergeschlagen, die ihrerseits vom amerikanischen Imperialismus ausgebildet und gefüttert wurden und werden, um seine Interessen und die Interessen der herrschenden Klassen in Chile zu verteidigen. Eine brutale Repression entfesselte sich und wütet immer noch gegen die chilenischen Arbeitermassen und gegen alle ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen.

Zur Demonstration gegen den grausamen Terror der Militärjunta und in Solidarität mit den Opfern werdet Ihr heute von Leuten aufgerufen, die die europäischen Doppelgänger aller Parteien und Gruppen sind, die in Chile direkt oder indirekt den Pinochets & Co. den Weg freigemacht und geebnet haben:

Radikale, Christdemokraten, womöglich "linke" Christdemokraten, die nur die Interessen ihrer eigenen Klasse verteidigen und verteidigen können. Es wäre geradezu absurd, von solchen Leuten zu verlangen, daß sie für die Sache der Befreiung der Proletarier kämpfen. Sogenannte Arbeiterparteien, wie die ur-reformistische Sozialistische Partei und die stalinistische "kommunistische" Partei. Beide verbreiten die Illusion von friedlichen, parlamentarischen, verfassungsmäßigen Wegen zum Sozialismus, um Euch politisch und materiell zu entwaffnen und in jeder Hinsicht dem Kapital auszuliefern. Parallel oder in Konkurrenz dazu werdet Ihr von gewissen außerparlamentarischen Gruppen aufgefordert, Euch mit den Opfern zu solidarisieren und gegen die Sieger zu demonstrieren. Diese Gruppen, im Fahrwasser der chilenischen MIR, befürworten - sei es auch in Form einer "kritischen Unterstützung" - eine Wiederholung derselben Volksfront aller möglichen Klassen, die in Chile zur schrecklichen Niederlage des Proletariats und der Bauern führte.

PROLETARIER!

Solidarität mit Euren verfolgten und ermordeten Brüdern kann man nur ernsthaft üben, wenn man aus dem chilenischen Drama eine lebendige Bestätigung der seit über hundert Jahren bestehenden Prinzipien des Marxismus zieht. Der Weg Eurer Befreiung geht nicht über Stimmzettel, Parlament, Reformen, Demokratie, Regierungsbeteiligung oder über eine verfassungsmäßige Arbeiterregierung. Eure Befreiung geht im Gegenteil über die gewaltsame Machteroberung, die Zerstörung des bürgerlichen Staates, die Diktatur des Proletariats, und das alles setzt die Präsenz und die Führung der

Klassenpartei voraus. Diesen Weg kann man nicht vorbereiten, wenn man sich mit sogenannten fortschrittlichen Schichten der Bourgeoisie solidarisiert oder sogar mit ihnen verschmilzt. Man muß im Gegenteil die ausgebeuteten Arbeitermassen von Stadt und Land um das Banner der proletarischen Revolution selbständig organisieren. Auf die Gewalt der bürgerlichen Unterdrücker antwortet man nicht mit dem Appel an Gesetz, Moral und Gerechtigkeit, sondern mit der Gewalt der Unterdrückten. Den Waffen der herrschenden Klassen entgegnet man nicht mit Verfassungsparagraphen oder mit den ewigen Prinzipien der heiligen Demokratie, sondern mit den Waffen der beherrschten Klassen. Vom Heer, das ja Schutz und Schirm der Bourgeoisie ist, kann man nicht verlangen, daß es sich zum Nutzen des Proletariats "demokratisiert", wie es sogar Gruppen verlangen, die immerhin dem "Bogen der verfassungsmäßigen Parteien" fern stehen: die Arbeiterklasse wird ein eigenes Heer brauchen, um die besiegte Klasse niederzuhalten. Vom heutigen Verteidigungsinstrument der kapitalistischen Gesellschaft aber kann sie weder Schutz noch Hilfe verlangen.

PROLETARIER!

"Sozialisten" wie Allende haben diese Lehren nie gezogen. Die falschen Kommunisten, die zynisch vorgeben, die Erben der Oktoberrevolution und der III. Internationale zu sein, haben sie über Bord geworfen und versuchen alles, damit ihr nicht zu ihnen zurückfindet. Aber gerade diese Lehren müssen wieder Euer sicherer Wegweiser werden.

Die Revolutionäre, heute Minderheit der Minderheit, erwarten von der Bourgeoisie und deren militärischen Handlangern weder Verständnis noch Mitleid; sie beschuldigen sie auch nicht, "die Arbeiterklasse zu verraten. Wann hat denn der Klassenfeind, in Chile oder sonstwo, je einen Hehl aus seiner festen Entschlossenheit gemacht, den Schutzapparat der Ausbeutung, den Staat, mit allen Mitteln, mit Zuckerbrot und Peitsche, aufrechtzuerhalten?

Was die Revolutionäre als Verrat anprangern, ist das ständige Werk der ideologischen, politischen und materiellen Entwaffnung des Proletariats durch den Opportunismus und vor allem durch den Stalinismus, den Schlächter der Partei Lenins, den Totengräber der III. Internationale. Der ist für die Konterrevolution verantwortlich, die seit fast einem halben Jahrhundert auf dem Proletariat der imperialistischen Metropolen schwer lastet, sowie auf den Arbeiter- und Bauernmassen der ehemaligen Kolonien und rückständigen Länder. Die chilenische Katastrophe ist nur eines der letzten Glieder einer Kette organisierter Niederlagen, blutiger Beispiele, die die Konterrevolution verschuldete.

Über diese Mörderrolle zu schweigen, quasi als ob der USA-

Imperialismus, die Militärjunta, die Christdemokratische Partei von Frei und die Konservativen im allgemeinen je ihre Klassenziele ohne die Mittäterschaft des legalitären und sozialpazifistischen Opportunismus hätten erfüllen können. Über diese kriminelle Rolle zu schweigen, wie es die außerparlamentarischen (mehr oder weniger bewußten) Mitorganisatoren der offiziellen Demonstrationen für Chile tun, obwohl sie vorgeben, sich vom Stalinismus und dessen Erben zu distanzieren, bedeutet objektiv, Euch in die Irre zu führen, damit Ihr die Mittäter und Diener des direkten Feindes nicht erkennt. Das bedeutet objektiv, Euch die Hände zu binden, damit dort, wo der Schlag des einen nicht trifft, der Schlag des anderen das Ziel auf keinen Fall verfehlt.

PROLETARIER!

Gegen die offene, brutale Diktatur der Pinochets auf der ganzen Welt, unter dem Schutz der amerikanischen Raketen, sowie gegen die verkappte, "zivile" Diktatur der Bourgeois, die in demokratischem Gewand über die Leichen der Arbeiter und Bauern Kokodilstränen vergiessen, eben weil diese aufgehört haben, die bestehende Ordnung zu bedrohen, "kann man nur mit den Kräften und Methoden der proletarischen Revolution mit Erfolg kämpfen". Dieser Ruf Trotzki's, verankert in der Gesamtheit der Lehren des Marxismus, ein Ruf, den die Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse "sich weder zu eigen machen wollen noch können", sondern im Gegenteil Tag für Tag zu ersticken versuchen, sollte das Motto dieses 11. September, dieses Tages des proletarischen Blutbades und der bürgerlichen Litaneien sein.

(Flugblatt verteilt anlässlich der Demonstrationen vom 11. September 1974, veröffentlicht in "Il Programma Comunista" Nr. 17, September 1974)

Anläßlich des Todes von Miguel Enriquez

DIE MIR UND DER VERLAUF DER KLASSENKÄMPFE
IN CHILE

5. Oktober 1974: Miguel Enriquez, 33 Jahre alt, revolutionärer Kämpfer, gefallen zusammen mit anderen Genossen der MIR - Bewegung der revolutionären Linken - unter den Schlägen der militärischen Reaktion, die auf die theoretische und praktische Entwaffnung durch die reformistische und sozialpazifistische Regierung folgte.

So könnte die Inschrift auf dem Grabstein des jungen und tapferen Miguel Enriquez lauten, dessen Geschichte ein Ganzes bildet mit der Geschichte der MIR, ihrer Verdienste und ihrer Unzulänglichkeiten, ihrer Unerfahrenheit und ihrer Jugend. 1965 entstanden, stellte sich diese Bewegung sofort auf die Ebene des Untergrundkampfes und gab sich als erste und wichtigste Aufgabe die Sprengung der bürgerlichen Rechtsordnung. Die größte Entwicklung erfolgte während der drei Jahre der "sozialistischen" Regierung Allende, vor allem in den Basisorganisationen (wie die "comandos comunales" und die "cordones industriales") infolge der ständigen Mobilisierung der Arbeiter- und Bauernmassen. Ohne Zweifel hat die MIR dabei die positivste Seite ihrer Tätigkeit entwickelt. Das Verlassen des Untergrundes, die trügerische Atmosphäre der Volksdemokratie, haben jedoch die Bewegung entwaffnet: sie hat es nicht fertig gebracht, eine Struktur zu bewahren, die den neuen und nicht weniger schwierigen, organisatorischen und militärischen Aufgaben gewachsen war. Zwar hat die MIR die Illusion einer friedlichen Machteroberung bekämpft. Es steht aber außer Zweifel, daß die andere Illusion, die Illusion, sich in einer äußerst günstigen Lage zu befinden, wo die Bourgeoisie und die traditionelle Macht schwach und zersplittert wären, die MIR und ihre Zielsetzung negativ beeinflusst hat.

Der ganze gesunde Teil der jungen extremen Linken Chiles, der den Aufgaben einer internationalen Lage wie der gegenwärtigen ohnehin schwach gegenüberstand, hat sich eben durch seine widersprüchliche Haltung gegenüber der Staatsmacht und der Regierungsform die Möglichkeit verbaut, sich und die kämpferischsten Massen für den Widerstand gegen die Reaktion vorzubereiten und zu organisieren.

LE MONDE vom 8. Oktober berichtet, daß die MIR, die die Rechte und die Armee unterwandert hatte, es gewesen ist, die die erste Verschwörung gegen Allende, schon vor der Ermordung des Generals Schneider 1970, aufdeckte. Welches Ergebnis hatte man aber bei der praktischen Mobilisierung der Massen? In dieser Hinsicht gewinnt der Staatsstreichversuch vom 29. Juni 1973, der sogenannte "Tankazo", nachträglich eine noch symbolischere Bedeutung.

Vor allem, wenn man wie die MIR sich auf Lenin bezieht, führt uns die historische Erfahrung auf feste Positionen, einzig dastehende Fälle zurück, wo der politische Eingriff der Klassenpartei beispielhaft war. In diesem Falle ist das obligatorische "Modell" selbstverständ-

lich die Haltung der Bolschewiki gegenüber Kornilow. Wie bekannt, war es das Proletariat, von den Bolschewiki organisiert, das die Aufgabe übernahm, Kornilow abzuwehren und Kerenski und seine Regierung zu schützen - die gerne nachgegeben hätten, vielleicht nach einem Anschein von Verteidigung, um das Gesicht und einen Platz in der Geschichte zu retten -, aber gleichzeitig auch deren Macht infolge der Kraftprobe der Massen zu schwächen. Wir können ruhig feststellen, daß Kerenski und Allende nicht das gleiche sind, unter anderem was die Bereitschaft zum persönlichen Opfer angeht, was uns hier aber nicht interessiert. Beiden gemeinsam ist aber eine sozial determinierte Haltung, deren Wesen in einer Schiedsrichtereinstellung gegenüber den kämpfenden Massen und in einer größeren Furcht vor der Bewaffnung der Revolution als vor der Bewaffnung der Konterrevolution liegt. Sogar für die Erhaltung einer gewissen und nicht sehr weit vorangetriebenen bürgerlichen Demokratie war bei der Kornilow-Episode der bewaffnete Eingriff der Arbeiter- und Bauernmassen das Ausschlaggebende, und eben deshalb traten diese Massen in der Rolle des "Volkes" auf. In der "Tankazo-Episode", die dem gelungenen Staatsstreich von Pinochet und seiner Armee nur um zwei Monate vorausgeht, ist es der General Prats, der die Gefahr abwendet, während das Volk als Zuschauer den Kampf zwischen "loyaler" Armee und "subversiver" Armee verfolgt (und Enriquez macht die unglückliche Aussage: "Da seht Ihr, wer die Subversiven sind!"). Der Bruder von Miguel, Edgardo Enriquez, sagt es ausdrücklich in einem Interview mit "EL REBELDE" vom 30. Juni 1973, ohne jedoch die politischen Konsequenzen zu ziehen: "Die Arbeiterklasse und das Volk haben bei der Niederschlagung des Staatsstreichversuchs keine militärische Rolle gespielt. Das wegen der Überstürzung der Ereignisse, aber auch wegen der Aufforderungen an die Arbeiter, von Straßenkämpfen abzusehen". Das erklärt auch, warum die Arbeiter als einzige Maßnahme die Fabriken besetzt haben, was sie übrigens auch in der viel dramatischeren Situation des darauffolgenden Septembers taten, als der schwere Schlag auf die desorganisierten und unvorbereiteten Massen fiel. Der nächste Satz ist nicht nur wenig vorausblickend, sondern zeigt auch, daß man sich von der Begeisterung des Augenblicks berauschen und somit von den Tatsachen nicht belehren ließ: "Von jetzt an werden die Golpisten die Arbeiterklasse und das Volk nicht mehr wehrlos überraschen". In Wirklichkeit hat eben dieser 29. Juni Pinochet klar und eindeutig gezeigt, daß Allende das Volk niemals zum Kampf aufrufen würde, da er genau wußte, daß der Kampf auch ihn überrollt hätte. In diesem Zusammenhang wird man sich an die Worte erinnern, mit denen er vom belagerten Moneda-Palast aus an die Bevölkerung und an die Arbeiter appellierte, "sich ruhig zu verhalten und zuhause zu bleiben", wobei es wenig hilft, ob man nun glaubt, daß er darin die einzige Möglichkeit erblickte, den Arbeitern und dem Volk ein Blutbad zu ersparen.

Wir behaupten keineswegs, daß die MIR die Allende-Regierung und deren Theorie, daß "die beste Verteidigung dieser Regierung in der Verfassung und in der vorbehaltlosen Anwendung von Verfassung und Gesetz liegt", nicht kritisiert hätte. Dem stellte die MIR aber die Bildung einer "wirklichen Regierung der Arbeiter" entgegen, für die sie im Rahmen des "poder popular", der "Volksmacht", arbeitete, d.h. von Basisorganisationen, die keinen ausschließlichen ökonomischen Charakter hatten, sondern auch eine Art "Alternativorganisationen" waren. Gerade in dieser unzulänglichen Entgegensetzung zeigte sich die Schwäche der MIR und verwandter chilenischer Gruppen: es fehlte eine klare Trennung der Ziele und ein genaues Programm zur Überwindung der allgemeinen nationalen Zielsetzung bis hin zum Fehlen einer Abgrenzung von jenen Kräften, die dafür arbeiteten, daß bestimmte Grenzen nicht überschritten würden.

Die Formel von Edgardo Enriquez, "Eine gemeinsame Aktion der Massen mit den konsequentesten Teilen der Unidad Popular und auch mit den Sympathisanten des Reformismus (zu) suchen, um gemeinsam die Golpisten und die Reaktion zu bekämpfen, die die Kapitulation der Regierung zu jedem Preis und mit allen Mitteln will", diese Formel könnte sogar einen Sinn haben (wie wir in bezug auf den Fall Wornilow zeigten), als Einheitsfront gegen die Reaktion, aber das nur unter der Bedingung, daß sie sich als konkrete Aktion auf der Ebene des revolutionären Kampfes und der revolutionären Wachsamkeit verwirklichen würde, in einer Perspektive, die unvermeidlich und schon aus Verteidigungsgründen (und diesen Knoten hat die Geschichte geknotet) über die reine Erhaltung der UP-Regierung, die diese Verteidigung sicherstellen konnte, hinausgehen würde. Man hätte sogar aus Opportunitätsgründen die Regierung "begnadigen" können; das berühmte "poder popular" hätte sich aber nur als wahre Volksmacht erwiesen, wenn sie die Macht der Unidad Popular überholt hätte. In Wirklichkeit würde eine solche Aktion unumgänglich eine klare Trennlinie ziehen zwischen denen, die wirklich kämpfen wollten und denen, die, auch wenn aufrichtig, wollten - was übrigens weder lobenswert noch realistisch ist -, daß die Geschichte an diesem Punkt stehen bliebe. Leute, wie die KP und die SP, die die Empörung gegen die Teilnahme der Streitkräfte an der Regierung Allende als reaktionär bezeichneten (eine entsprechende gemeinsame Erklärung der politischen Gremien dieser Parteien wurde am 11. August 1973, genau einen Monat vor dem Staatsstreich eben dieser Streitkräfte, abgegeben), wären dazu gezwungen, klar und in aller Konsequenz zu zeigen, auf welcher Seite der Barrikade sie stehen. Man hätte dann in der Praxis gesehen, welche Rolle solche Parteien spielen, die die Bildung eines Organs wie der "Volksversammlung von Concepcion", einer Basisorganisation, die als Grundlage für das "poder popular" die verschiedensten Massenorganisationen in sich zusammenfaßte, als eine "konterrevolutionäre Manifestation" und eine "Hilfe für die Feinde der Regierung (d.h. für die Reaktionäre)" bezeichneten. Man hätte dann klar gesehen, daß solche Leute gegen den Klassenkampf sind.

Gerade bei dieser harten Arbeit einer richtigen Verbindung zwischen politischer Zielsetzung und Beeinflussung der Massenbewegung, zwischen dem "geschlossenen" Charakter der Parteiorganisation und der "offenen" Arbeit unter den Massen und in allen deren Organen, gerade darin hat die MIR ihre Grenzen gezeigt, Grenzen, die sie bis heute nicht überwunden hat und die sie, dezimiert und verfolgt, nur schwer erkennen wird. In der Beziehung zwischen Massenorganisation ("poder popular") und Volksfrontregierung wurde die Verteidigung der Massen verspielt, denn die Unterordnung der verschiedenen Organisationen unter die Regierungsparteien und Regierungsgewerkschaften hat diese Organisationen unfähig gemacht, sich selbst zu verteidigen. Aufgabe einer radikalen politischen Gruppe wäre es gewesen, abgesehen von der breiteren Arbeit, die Arbeiter und alle ihre Organisationen zu beeinflussen, um jeden Preis für die Bewaffnung und Vorbereitung aller Elemente zu arbeiten, die sich mindestens dieser elementaren Notwendigkeit der Verteidigung bewußt waren. Wenn man als "Macht" eine widersprüchliche Ansammlung von Basisorganisationen darstellt, deren Kontrolle man noch nicht übernommen hat (wie es dagegen - muß man das erwähnen? - in den Sowjets der Fall war) und die man also effektiv nicht führen kann, ist es unvermeidlich, daß die Verteidigung illusorisch bleibt.

Es ist bezeichnend, daß die chilenische Linke in einer solchen Situation von "Doppelherrschaft" sprach. Edoardo Santa Cruz (siehe seinen Artikel im "Punto Final", 31. Juli, einer Publikation, die von der MIR beeinflusst wird) schreibt zum Beispiel:

"Während einige verfochten, daß das poder popular der Regierungsaktion organisch untergeordnet werden mußte, wiederholte die MIR die historische Notwendigkeit seiner Unabhängigkeit, da die Organe des poder popular im wesentlichen das Ziel hatten, eine Alternativmacht zum bürgerlichen Staat zu schaffen, um diesen Staat zu zerstören und einen neuen Staat zu bilden. Die Unterordnung der Aktion der Comandos unter den Regierungsapparat und die Bürokratie, auch wenn die Regierung in den Händen von linken Kräften war, hätte also bedeutet, das wichtigste Merkmal dieser Organe zu entfernen und deren strategische Perspektive völlig zu vernichten". Und "Tarea Urgente", Organ des poder popular, schrieb am 22. August unter Bezugnahme auf Lenin und Trotzki, daß man sich in Chile in einer Situation von Doppelherrschaft befände, die durch die Tatsache gekennzeichnet wäre, daß "die Staatsmacht einen unbestimmten und Übergangscharakter annimmt, in dem Maße, daß sie weder von der Bourgeoisie noch vom Proletariat völlig kontrolliert wird".

Der Kernwiderspruch dieser zwei Zitate springt sofort ins Auge. Fand die Staatsmacht in der Regierung Allende ihren Ausdruck? Und, wenn dem nicht so war (da die zwei Zitate ohne Zweifel diese Interpretation vertreten), zu welcher "Kategorie" gehörte diese Macht der "Kräfte der Linken" neben der Bourgeoisie und deren undefinierbaren Staat einerseits und dem "poder popular" andererseits? Der "scheinbare" Widerspruch, daß in Chile "die Volksmacht

nicht eindeutig außerhalb des Rahmens der bürgerlichen Einrichtungen steht" (ebenda), ist der Widerspruch einer "Doppelherrschaft", die man dann mindestens "Tripelherrschaft" nennen sollte: Bourgeoisie ("Staat", laut MIR), Regierung, Massen. Nach dieser Logik hätte Lenin argumentieren (oder besser "konfusionieren") müssen, daß der regierende Sozialist Kerenski die Unterstützung gegen die zaristische Reaktion und den Imperialismus verdiente und daß es deshalb darum ging, eine "Alternativmacht" zur Großbourgeoisie zu bilden, ohne die eigene Rolle gegen die unfähige formale Regierung genau zu definieren.

Ganz anders war aber die Politik der Bolschewiki, wie wir sie am Anfang dieses Artikels kurz schilderten; denn in Wirklichkeit kann die Doppelherrschaft nicht umhin, die herrschende Regierung, welcher Farbe sie auch sei, anzugreifen. Eine Doppelherrschaft, die mit den Regierungskräften paktiert, ob sich diese Regierung nun mit dem "wirklichen Staat" identifiziert oder nicht, ist keine Doppelherrschaft, ist keine neue Machtform, die sich von unten entwickelt, sondern die traditionelle Methode, eine derartige Entwicklung von oben mit den Hebeln des Staates zu kontrollieren. Wie kann man von Doppelherrschaft reden, ohne zum Beispiel zu wissen, auf welcher Seite die Armee stehen wird? Die "unbestimmte" Situation, von der Lenin redet, ist eben eine Situation, inder die herrschenden Klassen nicht wissen, inwieweit sie mit ihren üblichen Abschreckungs- und Unterdrückungskräften, vor allem mit der Armee, rechnen können. In Chile hingegen war es mindestens klar, daß die Streitkräfte den Massen nicht gefolgt wären, nachdem man ununterbrochen für den Zusammenhalt dieser Streitkräfte als Organ, das unvermeidlich im Dienste der herrschenden Ordnung steht, gearbeitet hatte, und nicht für ihre Zersetzung.

Die Verwirrung konzentriert sich in der verbreitetsten Parole des "poder popular": "Eine Macht unabhängig von der Regierung und alternativ zur bürgerlichen Macht". In diesem Widerspruch wurden die besten Kräfte der chilenischen Massen zermalmt. Ein Altamirano kann leicht sagen, daß die Sozialistische Partei niemals eine Mauer gegenüber der MIR aufrichten wollte. Das ganze Drama und das katastrophale Ende zeigen, daß die Revolutionäre es sein mußten, die eine Mauer gegenüber den Klassenkollaborateuren aufzurichten hatten, um den Widerstand gegen die Repression ideologisch und militärisch zu stärken, und, sei es auch nach erlittener Niederlage, trotz alledem, die Grundlagen für eine Wiederaufnahme des revolutionären Kampfes in Chile und überall zu schaffen.

Aus dem Tode, mit den Waffen in der Hand, des opferbereiten und kämpferischen Miguel Enriquez ziehen wir diese Lehre.

Alle Zitate aus chilenischen Zeitschriften haben wir dem Band "La sinistra cilena di fronte alla crisi", Edizioni Praxis, entnommen. Unnötig zu sagen, daß die Autoren dieses Buches zur Schlußfolgerung kommen, daß die Arbeitermacht in der Erweiterung der Demokratie besteht, genau das Gegenteil von dem, was Lenin in "Staat und Revolution" beweist.

WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN DER
INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

In deutscher Sprache

1. DIE FRAGE DER REVOLUTINÄREN PARTEI
Partei und Klasse - Partei und Klassenaktion - Proletarische
Diktatur und Klassenpartei - Leitsätze der K.I. über die Rolle
der kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution
DM 3, --
2. REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION IN RUSSLAND
Warum Rußland nicht sozialistisch ist - 40 Jahre organischer
Bewertung der Ereignisse Rußlands in der sozial und historisch
dramatischen internationalen Entwicklung - Acht kurze Thesen
über Rußland DM 4, --
3. DER KAMPF GEGEN DEN ALTEN UND DEN HEUTIGEN
REVISIONISMUS
Richtlinien zur Wiederherstellung der marxistischen Lehre
- Der historische Zyklus der kapitalistischen Wirtschaft und
der politischen Herrschaft der Bourgeoisie - Der historische
Verlauf der Klassenbewegung des Proletariats. DM 4, --
4. DIE GRUNDLAGEN DES REVOLUTIONÄREN KOMMUNISMUS
in der Lehre und in der Geschichte des internationalen prole-
tarischen Kampfes DM 4, --

In französischer Sprache

- PROGRAMME COMMUNISTE
Vierteljährlich erscheinende Zeitschrift DM 3, 50
Jahresabonnement DM 15, --
- LE PROLETAIRE
Vierzehntägig erscheinende Zeitung DM -, 75
Jahresabonnement DM 15, --
- COMMUNISME ET FASCISME
Einleitung und Texte der kommunistischen
Linken 1921-1924 DM 6, --
- BILAN D'UNE REVOLUTION
Die großen Lehren des Oktober 1917 - Die falschen Lehren über
die Konterrevolution in Rußland - Die russische Wirtschaft von
der Revolution bis heute DM 8, --
- LE PRINCIPE DEMOCRATIQUE DM 2, --
- MOUVEMENTS REVENDICATIFS ET SOZIALISME DM 2, --
- SUR LE TEXTE DE LENINE "LA MALADIE INFANTILE DU
COMMUNISME DM 4, --
- FORCE, VIOLENCE, DICTATURE DANS LA LUTTE
DE CLASSES DM 3, 50

DEFENSE DE LA CONTINUITE DU PROGRAMME COMMUNISTE
Grundthesen der Partei 1920-1966 DM 10, --

In italienischer Sprache

IL PROGRAMMA COMUNISTA
Vierzehntägig erscheinende Zeitung DM -,75
Jahresabonnement DM 15, --

STORIA DELLA SINISTRA COMUNISTA, Band I (420 Seiten)
Geschichte der kommunistischen Linken 1910-1919 DM 20, --

STORIA DELLA SINISTRA COMUNISTA, Band II (740 Seiten)
Geschichte der kommunistischen Linken 1919-1920 DM 30, --

I FONDAMENTI DEL COMUNISMO RIVOLUZIONARIO DM 4,50

IN DIFESA DELLA CONTINUITA DEL PROGRAMMA
COMUNISTA DM 10, --

PARTITO E CLASSE DM 9, --

ELEMENTI DELL' ECONOMIA MARXISTA DM 10, --

"L' ESTREMISMO MALATTIA INFANTILE DEL COMUNISMO"
CONDANNA DEI FUTURI RINNEGATI DM 10, --

PER L' ORGANICA SISTEMAZIONE DEI PRINCIPI COMUNISTI
DM 10, --

CLASSE PARTITO E STATO NELLA TEORIA MARXISTA 4, --

In englischer Sprache

THE FUNDAMENTALS OF REVOLUTIONARY COMMUNISM
PARTY AND CLASS (in Vorbereitung)

In spanischer Sprache

LOS FUNDAMENTOS DEL COMUNISMO REVOLUCIONARIO
FUERZA VIOLENCIA DICTADURA EN LA LUCHA DE CLASE
PARTIDO Y CLASE

In portugiesischer Sprache

TESES CARACTERISTICAS DO PARTIDO: BASES DE ADESAO
LIGOES DAS CONTRA-REVOLUÇOES

WICHTIGE ARTIKEL AUS UNSERER PRESSE ERSCHEINEN AUCH
IN DEUTSCHER ÜBERSETZUNG IN EINEM CA. DREIMONATIGEN
BULLETIN, DAS SEIT JUNI 1974 ERSCHEINT.

BESTELLUNGEN: Editions Programme Communiste
20, rue Jean Bouton
75012 Paris